

Ersteinst täglich
Preis: 10 Pfennige
Durch die Post bezogen
Kleinanzeigenpreis:
Raum 12 Pf., Vereins- u.
preis: Die dreifachspaltige
70 Pf. — Schluss der Anzei-
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 50, Telefon
500 89, Postfach 1000 Breslau 144, Redaktion: Breslau,
Kreuziger Straße 50, Telefon 288 57. Sprachrohr der Redaktion:
von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filiale
Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telefon 1008,
Ostlich: Kunig 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlagsgesellschaft
m. b. H., Breslau. — Druck: „Neudruck“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuziger Str. 50.

Höring droht dem Breslauer Reichsbanner!

Offene Krise — Vorstoß der Bundesleitung für Hindenburgempfang und Aufhebung der Breslauer Beschlüsse

Im Breslauer Reichsbanner gärt es. Der Panzerkreuzerbeschluss der Hermann-Müller-Regierung hatte auch die Reichsbannerarbeiter in starke Erregung versetzt. Ihre Führer versuchen zwar krampfhaft, Diskussionen über dieses Thema vom Reichsbanner fernzuhalten, um zu verhindern, daß die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter auch im Reichsbanner ihren Niederschlag findet. Aber auf die Dauer läßt sich auch im Reichsbanner die steigende Erbitterung der Arbeiter über die Volksgemeinschafts- und Panzerkreuzerpolitik ihrer Führer nicht unterdrücken. Charakteristisch dafür war der Beschluss einer Mitgliederversammlung des Breslauer Reichsbanners, sich an dem Empfang Hindenburgs, der am 18. September in Breslau stattfindet, nicht zu beteiligen. Die angenommene Resolution, in der dieser Beschluss begründet wurde, war zwar unzulänglich, weil sie die ablehnende Haltung des Reichsbanners nicht klassenmäßig, sondern lediglich mit der Ehrenmitgliedschaft Hindenburgs im Stahlhelm begründete. Doch nicht der Wortlaut der Resolution war hier das Entscheidende, sondern die Tatsache, daß, wenn auch abgeschwächt und verflächt,

Raum waren diese Zeilen geschrieben, da bezieht sich die Bundesleitung, den Zentrumswünschen gerecht zu werden. Der erste Gegenstoß erfolgte in Oberschlesien, wo die SPD-Führer sich dem starken Zentrum, mit dem sie sich zusammen in die Futtertrüben der Staatsämter teilen, besonders verpflichtet fühlen. Unter dem Druck der Bundesleitung beschloß, wie wir heute vor acht Tagen berichteten konnten, der Gauvorstand des Reichsbanners Oberschlesien, sich am Empfang Hindenburgs zu beteiligen.

Nunmehr holte die Bundesleitung zum zweiten Schläge aus. In der soeben erschienenen „Reichsbanner-Zeitung“ Nr. 50 eröffnet Höring und die Bundesleitung die Offensive gegen den Breslauer Beschluss, der im Widerspruch zu der gesamten Politik der Hindenburg-Bewegung und der Volksgemeinschaftsbewegung, die das Reichsbanner betreibt, steht. In einem Artikel mit der dreifachspaltigen Überschrift „Auf falschem Wege. Ein Wort zum Breslauer Beschluss!“ zieht Höring gegen die Reichsbannerarbeiter zu Felde. Er jammert zunächst über den schlechten Eindruck, den der Breslauer Beschluss auf die „Republikaner“ gemacht hat, und schreibt:

„Hätte jemand eine Prämie ausgesetzt dafür, wie man denen um Eugen Berg am besten auf die Beine hilft, der republikanischen Front aber am besten — ohne es zu wollen — schadet: unsere Breslauer Kameraden wären in diesem Wettbewerb die Sieger!“

Dann lobhudelt er in nicht zu überbietender Unterwürfigkeit und Untertanentreue den biederen Ehrensoldaten des Stahlhelms:

„Der Reichspräsident beschwor die Reichsverfassung, und dazu will ich hier gleich offen und bestimmt sagen: der Reichspräsident von Hindenburg hat seinen Eid bis zur Stunde gehalten,

er hat in der loyalsten Weise die Verfassung beachtet, genau wie sein unvergeßlicher Vorgänger Friedrich Ebert. Kein politisch anständiger Mensch kann gegen den Reichspräsidenten in dieser Hinsicht auch nur den geringsten Vorwurf erheben — auch nicht wegen des Flaggenentlasses, für den Dr. Luther und kein anderer verantwortlich ist. Die Lauterkeit und das ehrliche Bestreben des Reichspräsidenten, sein Amt unparteiisch und loyal zu verwalten, wird von allen republikanischen Parteien und dem Reichsbanner anerkannt.“

Mit Recht weist Knecht Höring ferner darauf hin, was er und die Bundesführung des Reichsbanners bereits für seinen Herrn Hindenburg getan haben:

„Getreu unserer eigenen Forderung zu Lebzeiten Eberts, dem Reichspräsidenten die ihm gebührende Achtung entgegenzubringen, sind wir bei Besuchen des Reichspräsidenten stets aufgemarschiert. Unser schwarz-rotgoldener Fahnenwald begrüßte den Reichspräsidenten in Köln, im Ruhrgebiet, in Frankfurt a. M., in Kiel und sehr vielen anderen Orten. Wo wir aufgemarschierten, wurde die Republik aufs Beste durch uns repräsentiert. Das haben uns die republikanischen Regierungen, Beamten, Parteivorstände und nicht zuletzt Männer wie Hermann Müller, Wels, Löbe, Sollmann, Koch (Pfefer), Dr. Haas, Dr. Wirth, Zoss und zahllose andere aus allen Parteilagern gedankt und als eine Tat angerechnet.“

Zuletzt fährt Höring großes Geschütz auf; er weist auf die Verbandsstatuten hin und verhöhnt die „Disziplinwidrigkeit“ nach Strich und Faden:

„Nachdem über diese Frage, Reichsbanner und Reichspräsident“, lange debattiert und sie im eindeutigen Sinne gelöst war, hat der Bundesvorstand mit Beschluss vom 1. Dezember 1926 in der Frage mit lagungsmäßiger Straft Vorschriften erlassen, die den Aufmarsch des Reichsbanners bei Besuchen des Reichspräsidenten in allen republikanisch regierten Ländern reiflos und bejahend regeln.“

Dieser Beschluss — siehe „Wegweiser“ Seite 29 —, dem auch der Gauvorstand und die Gaukonferenz in Breslau ohne Debatte zugestimmt haben, ist nunmehr in Breslau nicht eingehalten worden. War schon der Beschluss, sich beim Empfang des Reichspräsidenten nicht beteiligen zu wollen, disziplinwidrig, so ist die Begründung davor, daß ich sie für alle unsere Kameraden mit Entschiedenheit zurückweisen muß. Solche Beschlüsse sind unserer nicht würdig; wir dürfen nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen. Wenn man sagt: weil einer der örtlichen republikanischen Parteivereine vorher einen gleichen Beschluss gefaßt habe, könne man nicht anders. Denn man dürfe die stärkste republikanische Partei am Orte nicht desavouieren, so erwidere ich: Was um alles in der Welt geht dich das an!“

Da habt ihr's Reichsbannerarbeiter!

Was in aller Welt geht es das Reichsbanner und seine Führer an, wenn die Arbeiter ihrer Empörung über die Panzerkreuzer-, Koalitions- und Volksgemeinschaftspolitik Ausdruck geben. Mag doch der sozialdemokratische Arbeiter, der vor drei Wochen in der Funktionärerversammlung seiner Partei die Beteiligung an der Hindenburg-Feier als unzulässig ablehnte, in der Reichsbannerversammlung sich selbst ins Gesicht schlagen und den Empfang Hindenburgs als republikanische Pflicht anerkennen. Was in aller Welt kümmert das Höring und die Bundesleitung. Sie pfeift auf die Beschlüsse der SPD-Arbeiter. Unblichartig wird die ganze zwiespältige Rolle, die klassenbewußte Arbeiter, die dem Reichsbanner angehören, spielen sollen, durch den gnäseligen Satz des Höring beleuchtet.

Nun, wir glauben, Herr Höring läuscht sich; so Charakter- und prinzipienlos wie er sind die sozialdemokratischen Arbeiter nicht. Dem einstigen Metallarbeiter Höring, der 1919 in Oberschlesien den Streik der Eisenbahner und der Bergarbeiter durch Erlasse für Staatsgesetzlich erklärte und mit Androhung von Zuchthausstrafen und Standrecht bekämpfte und die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter durch verteilte Freiwilligenbanden Mutig niederzuschlug, der 1921 den Generalfreistrel der mitteldeutschen Arbeiter im Blute erstickte, dieser Höring hat nichts an Ansehen in der Arbeiterschaft zu verlieren. Er kann als der getreue Knecht der Bourgeoisie auf Beschlüsse sozialdemokratischer Arbeiter pfeifen. Die SPD-Arbeiter in Breslau werden, soweit sie noch dem Reichsbanner angehören, sich nicht selbst ohnefeigen, auch wenn Höring am Schluß seines Artikels flötet:

„Eine reine Freude in diesen Tagen ist der Kluge und staatspolitisch erreckliche Beschluss unserer Kameraden in Oberschlesien, die auf schwerstem und härtestem Boden stehen und wie ein Mann aufzumarschieren und den Reichspräsidenten und seine republikanische Begleitung beim Besuch Oberschlesiens begrüßen werden. Ich gebe

Die Empörung der Breslauer Reichsbannerarbeiter

über diese Volksgemeinschaftspolitik ihrer Führer zum Ausdruck kam. Die demokratische und die Zentrumspresse reagierten sofort auf diesen Beschluss voller Empörung und das Zentrumsblatt, die „Germania“, schrieb:

„Für die Zentrumspartei ist zu dem Breslauer Beschluss zu sagen, daß sie ihn aufs schärfste mißbilligt. Man darf erwarten, daß diese Mißbilligung auch im Bundesvorstand des Reichsbanners mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht wird.“



Leipart-Geist über Hamburg

Was Leipart tut, das ist wohlgetan...
So säuseln jetzt seine Getreuen,
Man wandelt einher auf friedlicher Bahn,
Worüber die Klöckners sich freuen.
Ein frischbackener Soze, Herr Naphtali,
Der Erfinder der „Wirtschaftsdemokratie“,
Bläst versöhnlich auf seiner Trompete
Harmonien über Morgenröte.

Man sagt nichts von Streik und von höherem Lohn,
Denn das will doch der Stinnes nicht haben,
Und wenn einer spricht von der Opposition,
Dann zappeln die Routine-Knaben.
Sobald Leipart 'nen Kommunisten sieht,
Da zetert der Wackere „Lump“ und „Bandit“.
Mit Curtius, da kann er sich vertragen...
Doch der Klassenkampf liegt ihm im Magen.

Ein Stinnes-Schiff heißt „Karl Legien“...
Man muß die Verdienste doch krönen!
Die aus unseren Knochen Profite zieh'n,
Sie dürfen uns auch noch verhöhnen.
Arbeitsbrüder, segt die Verräter weg!
Für uns ist „Demokratie“ ein Dreck!
Wir bauen die Zukunft uns ohne
Das Wohlwollen der Geldsackbarone!

Sieh' der Bürokratie auf die Finger, Prolet,
Sonst bist du verkauft und verraten!
Sorg' dafür, daß die rote Kampfahne weht.
Zum Teufel mit den „Wirtschaftsdemokraten“!
Und hetzen die Leiparts mit Polizei —:
Steh' fest, Arbeitsmann, in der Kämpfer Reih'!
Pfeif' auf das Versöhnungsgejohle!
Klassenkrieg bleibt trotz allem Parole!!
Kasimir Sublimier.

Katholikentag in Magdeburg

Sozialdemokratische Obengänge

Magdeburg, 7. September.

Der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen, der ehemalige Gasser Universitätsprofessor Dr. W. Kantsch, begrüßte den Katholikentag herzlich und wünschte ihm als Erfolg Vertiefung und Stärkung des katholischen Glaubens und daraus resultierendes Verständnis für die Andersdenkenden. Er möge der Kirche zum Heile, dem Staate zum Wohle, der Nation zum Segen gereichen. Nach ihm sprach der sozialdemokratische Magdeburger Oberbürgermeister Weiss, der betonte, wie gern er den Katholikentag in seinen Mauern sehe.

In Magdeburg wurde der Deutsche Katholikentag unter dem Vorsitz des Prinzen Osmensten eröffnet, in dessen Mittelpunkt die „katholische Aktion“ steht. Der päpstliche Nuntius Baccelli führte in seiner Begrüßungsrede aus, die katholische Aktion sei nach der Idee des Papstes die Teilnahme der Laien am hierarchischen Apollat; die Aufgaben der Kirche seien heute so groß, daß die Priester des Apollats die Laien nicht entbehren können. Deshalb solle das Laienapollat in der Verfassung der Kirche eingebaut werden.

Die Hoffnung nicht auf, daß auch die Breslauer Kameraden dem oberirdischen Beispiel folgen und dafür sorgen werden, daß sich auch Breslau im Gewand des republikanischen Deutschlands zeigen wird.

Der von uns gemeldete Rücktritt der Bundesführer Frey und Hermann ist im Zusammenhang mit dem Artikel Dörflings, der die „Vollstreckung“ meldet, mit dem vollen Einverständnis der Bundesleitung geschrieben wurde, zu beklagen. Keine Führerkrise ist es, sondern eine Krise, die ihre tiefen Ursachen in der Unklarheit der Massen und der tiefgehenden, wenn auch nicht zielklaren Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter hat.

Alle die Versuche, die Kluft zwischen den bourgeois-hindenburgischen Führern und den klassenbewußten Arbeitern zu überbrücken und die Reichsbannerarbeiter noch länger für die Hindenburg-Verbreitung und den Volksgemeinschaftskrummel zu mißbrauchen, werden schließlich scheitern.

Die Panzerkreuzerpolitik ihrer Führer wird den Reichsbannerarbeitern vollends die Augen öffnen und sie zu der Erkenntnis bringen, daß auch ihr Platz in der roten Klassenfront des revolutionären Proletariats ist. Die Beteiligung an dem Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau und imperialistische Rüstungspolitik muß der erste Schritt auf diesem Wege sein.

Hermann der Betreuer

Hermann Müller hielt gestern in Genf eine große Rede, in der er an der Verfassungspolitik des Völkerbundes Kritik übte und darauf hinwies, daß Deutschland „völlig entwaflnet“ sei, daher von den anderen Staaten Abrüstung erwarten könne. Ferner sprach Müller über die Frage des Minderheitenschutzes, zum Schluß betonte er, die Notwendigkeit des Glaubens an den Völkerbund und forderte den Völkerbund, sich endgültig über die Einberufung der Entwaffnungskonferenz schlüssig zu werden.

Das Räumungsproblem hat Hermann Müller in seiner Rede mit außerordentlicher Reserve behandelt, weil dieses für den englisch-französischen Block immer mehr zu einem ausgesprochenen Schachergeschäft geworden ist, über das man nicht öffentlich, sondern in Geheimberatungen spricht.

Die „Diplomatisch-politische Korrespondenz“, das offizielle Organ, erklärte gestern, daß man die Räumung nicht mit den Reparationsschulden verknüpfen dürfe. Und ein Londoner Telegramm besagt, daß Churchill plötzlich wegen der Rheinlandsache nach Paris gefahren sei. Die Behauptung der Deutschen, daß sie das Angebot, die Eisenbahnobligationen flüssig zu machen, nicht wiederholen werden, finde keinen Glauben bei den Engländern. Das Schachamt meine, die deutschen Obligationen seien nur zum Kurze von 70 Prozent unterzubringen, und England würde also 30 Prozent verlieren, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten.

Die „Diplomatisch-politische Korrespondenz“ erklärt, daß „man“ die Müllerische Betreuungsaktion gerade deshalb bei der Genfer Tagung angelegt habe, „weil dort die Möglichkeit persönlicher Fühlungnahme vorzeitige Festlegungen unnötig macht.“

Vom Tage

Der Hamburger Gewerkschaftskongress wurde gestern mit einem Schlußwort von Schumann geschlossen.

In der gestrigen Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung erklärte der japanische Botschafter in Paris, er könne im Namen Japans die englische und französische Regierung zu dem Abschluß des Flottenabkommens beglückwünschen.

Die Sowjetunion hat den Kellogg-Pakt unterzeichnet. (Siehe Außenpolitische Rundschau.)

Asiatische Kandidaten für den Völkerbund. — In Genf, 7. September. Die Vertreter der asiatischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes — Japan, China, Siam und Persien — sind Freitag nachmittag zusammengetreten, um zu den verschiedenen zur Verhandlung gelangenden Fragen und insbesondere zu der Wahl eines asiatischen Staates in den Völkerbundsrat Stellung zu nehmen.

Die Rebellion in der SPD.

SPD.-Ortsgruppen für den Volksentscheid — Uebertritte von SPD.-Arbeitern zur KPD. überall im Reich

In der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Kötha der SPD. kam in der Diskussion erneut die Empörung über das Verhalten der sozialdemokratischen Minister zum Ausdruck, die sich so brüst über die Wahlversprechungen und über den Willen der Parteimitglieder hinwegzusetzen. („Vollstreckung“ für das Mandat vom 29. August). Eine Entschließung für den Volksentscheid wurde einstimmig angenommen.

Anträge für den Volksentscheid wurden ferner angenommen in der Mitgliederversammlung der SPD. Grafenhainichen, in der Ortsgruppe Bennewitz der SPD. und in der Mitgliederversammlung der SPD. in Jwanlau.

In der Mitgliederversammlung der SPD. in Erfurt wurde ein Antrag Bauer eingebracht, der den Ausschluß der vier Panzerkreuzerminister aus der sozialdemokratischen Partei fordert. Um die Annahme des Antrages zu verhüten, ließ der Vorstand gar nicht darüber abstimmen. Eine ganze Reihe alter und junger Sozialdemokraten kam zu unserem Erfurter Parteiorgan und berichtete, wie stürmisch es in der Versammlung zugegangen war.

Im „Klassenkampf“ in Halle veröffentlicht der bisherige Sozialdemokrat Heinz Sander einen Leitartikel: „Mein Uebertritt von der SPD. zur KPD.“, in dem er ausführlich die Gründe für seine Uebertritt von der SPD. darlegt. Heinz Sander war in Merseburg sieben Jahre Funktionär der SPD. und Funktionär im DNR. und besuchte auch die Wirtschaftsschule in Dürrenberg.

Die „Freiheit“ veröffentlicht den Brief des Sozialdemokraten Hans Althoff aus Oberhausen im Rheinland an die örtliche Parteileitung der SPD., in der Althoff seinen Austritt erklärte.

Die Stettiner „Vollmacht“ veröffentlicht den Brief des Ortsgruppenleiters der SPD., Willi Krüger, Platze, Pommeren, Sieblung,

langjähriger Parteifunktionär der SPD., der aus der SPD. austritt und sich „auf die Seite der kommunistischen Partei“ stellt.

Funktionärversammlung der SPD. Breslau-Ost für Volksentscheid

Wie uns kurz vor Schluß der Rebellion mitgeteilt wird, nahm gestern abend eine Funktionärversammlung der Sozialdemokratischen Partei, Abteilung Ost, zur Panzerkreuzerfrage und zum Volksentscheid Stellung. In der Diskussion sprachen sich mit Ausnahme eines Reichsbannermannes sämtliche Diskussionsredner für die Beteiligung der sozialdemokratischen Arbeiter am Volksentscheid aus und forderten vom Parteivorstand, daß er Mittel und Wege finde, um den sozialdemokratischen Arbeitern die Beteiligung am Volksentscheid zu ermöglichen.

Die erste Wirkung des von uns gestern veröffentlichten Offenen Briefes sowie der von unseren Genossen im Osten eingeleiteten Einheitsaktion ist die außerordentlich erfreuliche Stellungnahme der sozialdemokratischen Funktionäre. Wenn auch die SPD.-Arbeiter dieses Bezirks noch nicht den Bruch mit ihrer Partei vollziehen wollen, sondern irrtümlicherweise glauben, im Rahmen ihrer Partei für den Volksentscheid gegen die Rüstungspolitik kämpfen zu können, so sind sie, wie die Debatte beweist, doch entschlossen entschlossen, sich in die Front für den Volksentscheid einzureihen. An diesem Willen der SPD.-Arbeiter wird die Sabotage der Führer scheitern müssen. Der Einheitswille wächst und kann nicht mehr eingedämmt werden!

Kleine Nachrichten

Aussprache Walf-Seipel. In Genf, 7. September. Bundeskanzler Seipel hatte Freitag nachmittag eine längere Unterredung mit dem ungarischen Außenminister W. W. Wie mitgeteilt wird, sind im Laufe dieser Aussprache die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn sehr eingehend nach jeder Richtung und insbesondere die sich webenden politischen Fragen erörtert worden.

Geplanter französischer Langstreckenflug. — In Paris, 7. September. Ein vom „Petit Parisien“ ausgerüstetes Flugzeug ist nach Zurücklegung der Strecke Paris—Südafrika—Paris am Freitag nachmittag wohlbehalten auf dem Flughafen von Le Bourget eingetroffen. Das Flugzeug, das im ganzen 35 000 Kilometer zurückgelegt hat, wurde von den Flugzeugführern Mauler und Baud gesteuert.

Brand eines französischen Passagierflugzeuges. Paris, 7. September. In Tunis ist am Freitag ein Passagierflugzeug im Augenblick des Startes in Brand geraten. Der Führer, der Radiotelegraphist und zwei an Bord befindliche Passagiere erlitten schwere Brandwunden. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt. Man nimmt jedoch an, daß ein Benzinbehälter explodierte, als die Motoren in Gang gesetzt wurden.

Eine Amsterdamer Brücke eingestürzt. — In Amsterdam, 7. September. Beim Passieren eines Schleppbootes blieb eine Schute an der Verankerung des festen Teiles der Schiffsbrücke von Deventer hängen und riß diese ein, wodurch viele Schulkinder und Erwachsene, die auf der Brücke standen, ins Wasser fielen. Bisher wurde die Leiche einer Frau und eines Kindes geborgen. Ob noch mehrere Personen ertrunken sind, steht noch nicht fest. Die Brücke ist stark beschädigt.

Der Betriebsmord

Erzählung von Otto Glösa

Fräulein Me sagte dem Studenten: „Einen Moment, bitte.“ Wendete sich ihrem Vater zu. „Papa, den alten Schneider habt Ihr entlassen — der uns immer hier im Garten Ordnung gemacht hat — schade, das ist ein so lieber, alter Mann, daß ich mir gar nicht vorstellen kann, wie er renitent sein könnte.“

Pankraz sah das gnädige Fräulein an, dachte: soll das eine Epize gegen mich sein?

Der Banddirektor wechselte Blicke mit seiner Schwester. Sie erhob sich fragend: „Me, wische dich bitte nicht in Angelegenheiten, die dich nicht interessieren.“

Pankraz atmete erleichtert auf, dankte im stillen der gnädigen Frau, spekulierte: ich werde ihre Hilfe haben — das ist — gute Aussicht.

Der Student rer. pol. fühlte sich verpflichtet, den gnädigen Fräulein beizustehen, wartete ohnehin auf eine Gelegenheit, seine Kenntnisse auszubreiten, seufzte sich heimlich längst danach, Schwiegersohn eines Fabrikdirektors zu werden; er, der Sohn eines kleinen hungerigen Beamten.

„Darf ich gna Frau einmal widersprechen?“

Der Oberforstrat hob wieder das Monokel vors Auge: „Lieber junger Kommilitone, Sie haben hoffentlich nicht die Absicht, uns zum Sozialismus zu bekehren.“

„Herr Oberforstrat“, parierte der Student, „ich muß mir erlauben, gerade Sie auf einen psychologischen Schnitzer aufmerksam zu machen.“

Der Oberforstrat warf einen sarkastischen Blick über die Schulter, dachte dieser junge Hühnerhund will mich belehren? Mich — von Fiebig — Oberforstrat — Major der Reserve.

„Ich bitte, meine Herren“, flüchelte der Direktor. „Bitte keine Politik. Wir wollen in aller Gemütsruhe essen und trinken, was uns Gott beschicken hat — nicht wahr, Herr Pfarrer — und recht friedlich ein paar gewöhnliche Stunden verbringen.“

Die Politik,“ lachte der Pfarrer seinem Gastgeber zu Hilfe, „ich bleibe in Gottes Namen dabei, die Politik ist und bleibt ein böses

Geschäft und verdirbt nicht nur die Charaktere — sie verdirbt auch die menschliche Seele.“

Der Student war wie aufgezogen, dachte nicht daran, die Gesellschaft loszulassen.

„Nur kurz — selbst auf die Gefahr hin, als Friedensstörer zu erscheinen — aber ich denke immer an das Wort einer mir hochverehrten mütterlichen Freundin, der Geheimrätin Dingelbay, die Stunden habe ich lieber noch, als einen falschen Frieden.“ Der Oberforstrat frozettelte: „War das die Einleitung, lieber, junger — Freund?“

Der Student ertöte. War aus dem Konzept. Stotterte. „Ja — ich wollte — ich — sagen — ich sehe gar nicht so weit links — wie Herr Oberforstrat anzunehmen scheinen — Deutsche Volkspartei — hinter Fingel allerdings. Aber — ich meine — man darf im nationalen Interesse die Arbeiterklasse nicht schlechthin als — Feind behandeln wollen. Wichtig — es gibt solche — die dazu gehören. Aber — die ordentlichen, fleißigen, ruhigen Arbeiter, die soll man — und zwar ihrem realen Werte für die Industrie entsprechend — zweckmäßig — ja, ich sage mit Vorbedacht nur zweckmäßig — behandeln. — Wenn die deutsche Industrie wieder Weltgeltung haben und den Weltmarkt erobern will, brauchen wir Arbeiter, die mit Lust und Liebe und Idealismus arbeiten. Der aber liegt wie eine latente völkische Kraft gerade in unserer deutschen Arbeiterklasse verborgen, braucht nur — und zwar mit wissenschaftlichen Mitteln, in den Dienst der Industrie gestellt werden. Das halte ich für eine geradezu nationale Aufgabe.“

Der Oberforstrat wandte sich an Pankraz.

„Was sagen Sie dazu, Herr Doktor, Sie haben doch Erfahrung mit dem Arbeitervolk — mir scheint, unser junger — Freund sieht die Sache zu — akademisch an.“

Pankraz schmunzelte, fühlte seine geistige Macht, erklärte scharf abgenütert: „Wenn Sie meine Erfahrungen haben werden — lieber Herr — wie war doch Ihr Name — Bieweg — werden Sie anders disponieren. Ich kenne die Leute — wollen viel freffen, viel laufen — möglichst wenig arbeiten.“

Der Student bekam einen roten Kopf.

„Ja, meine Herren — es tut mir leid — Sie haben — wie soll ich sagen — ultrabourgeoise — Auffassung, die ich absolut nicht für — richtig halten kann. Die Arbeiterklasse ist bei uns immer noch eine Macht — und — mit Ludendorffschen Gedankenengängen werden wir keine Politik machen, die den Marxismus totkriegt. — Ich behaupte, daß die falsche Behandlung der Arbeiterklasse uns seit 1914

mindestens ein Viertel des Nationaleinkommens gelöst hat. Sind Sie nicht auch der Meinung, Herr Banddirektor?“

„Ich finde“, antwortete der Banddirektor lässig, „diese Auffassung ist gar nicht so bumm.“

Der Student sah sich ermutigt, seine Theorie vollends zu entwickeln.

Wir erreichen viel mehr — ich scheue mich nicht, es hier in aller Offenheit auszusprechen — wir kriegen den Marxismus viel eher tot mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer und Organisationen.“

„Sehen Sie, junger Freund —“ lächelte der Oberforstrat. „Sie sind so'n Kathedersozialist — und wissen Sie wohin das führt? — Auf geradem Wege zum Sozialismus.“

„Ganz falsch, Herr Oberforstrat, wenn man die sozialdemokratische Führerschaft zu behandeln versteht, kann im Interesse der Industrie und des Vaterlandes föhlich alles aus der Arbeiterklasse herausgeholt werden.“

Der Oberforstrat begann ein Gespräch mit dem Domänenpächter über einen Pferdekauf. Der Student mochte nicht so glimpflich abtreten. Gestellte einen schwingvollen Epilog an seine Ausführungen. „Wir wollen die Arbeiterklasse dahingehend erziehen, daß sich ihre Seelen quasi konkretisieren in ihren ideellen Interessen an der Arbeit, in ihrer Liebe zum Vaterland, und schließlich und endlich in ihrer Sorge für ihre Familien.“

Er hatte vergessen, daß ein Spezialist für Seelenbehandlung am Tische saß. Der Pfarrer mehrte sich.

„Wir scheitern, lieber junger Freund, Sie übergehen in Ihrem jugendlichen Eifer die Seelen der Arbeiter ganz und gar der Industrie — wo aber — so darf ich in Gottes Namen wohl fragen — wo bleibt ihr Dienst an Gott?“

Er schob ein Stück saftigen Braten in den Mund und erwartete lauten Antwort auf diese schwere Frage.

„Pardon, Herr Pfarrer — Sonntags natürlich — Sonntags bleibt die Seele des Arbeiters nach wie vor selbstverständlich für Gott.“

„So sollte es wenigstens sein“, seufzte der Pfarrer, „aber Gott sei es gegallt — ist die Bergnügungssucht gerade in den Arbeiterkreisen sehr.“

Der Oberforstrat warf sich wieder zu dem Gespräch.

„Und die Republik, Herr Pfarrer, hat die Republik etwas getan — die Arbeiterklasse wieder an ein gestittes Leben zu gewöhnen.“

„Gott sei es gegallt, sie hat eher dazu beigetragen, sie der Kirche zu entfremden.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Breslauer Obdachlosen protestieren

Die Not der Breslauer Obdachlosen, deren Anzahl mehrere hundert Familien beträgt, sowie die menschenunwürdige Art der Unterbringung durch den Magistrat, hatte einige Obdachlose in Verbindung mit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion veranlaßt, eine Versammlung der Obdachlosen einzuberufen. In der gestern stattgefundenen Versammlung, die von 3-400 Obdachlosen besucht war, wurden nach einem Referat der Stadtverordneten Genossin Kahne und einer ausgedehnten Diskussion eine Resolution angenommen, die eine Anzahl von Forderungen an den Magistrat enthält. Den genauen Wortlaut der Resolution sowie einen ausführlichen Versammlungsbericht veröffentlichten wir in der Montagausgabe.

Dachstuhlbrand in der Pöpelwitzstraße

Am Freitag wurde die Feuerwehr um 14,40 Uhr nach der Pöpelwitzstraße alarmiert. Der Dachstuhl des Erdgrundstücks Pöpelwitzstraße 49 war auf unermittelte Weise in Brand geraten. Bei Eintreffen der Wehr schlugen die hellen Flammen aus den Dachfenstern hervor und der Brand war bereits so weit vorgeschritten, daß sich der Brandbrenner veranlaßt sah, noch zwei Löschzüge heranzubeordern. Durch die Flammen vernichtet wurden fast sämtliche an der Front der Pöpelwitzstraße gelegenen Bodenkammern, ebenso das nach dieser Seite zu gelegene Dachstuhlgebälk. Die unter dem Dachstuhl gelegenen Wohnungen sind zwar nicht von den Flammen erreicht worden, wurden aber durch das in großen Mengen gegebene Löschwasser stark in Mitleidenschaft gezogen. In den Bodenkammern sind Wirtschaftsgüter und das übliche Bodengerätpel verbrannt. Bei den Löscharbeiten wurden zwei Feuerwehrleute verletzt, von denen der eine, der eine offene Wunde davongetragen hatte, ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Eröffnung der Beratungsstelle für Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens

Am Anfang nächster Woche wird in Breslau Neue Tassenstraße 26, eine Sexualberatungsstelle eröffnet, die sich mit allen Fragen beschäftigt, die Beziehung zum Geschlechtsleben haben. Diese Beratungsstelle dient insofern besonders auch professionellen Interessen, als neben der allgemeinen sexualhygienischen Aufklärung die Beratung über die Möglichkeit der Geburtenregelung, der Schwangerschaftsverhütung eine wesentliche Aufgabe der Beratungsstelle sein wird. Damit bietet sie eine Waffe gegen die Schäden der heimlichen Schwangerschaftsunterbrechungen und bewahrt viele Proletarierfrauen vor den Folgen des § 218. Die Sprechstunden finden bis auf weiteres Dienstag und Donnerstag von 19-21 Uhr statt.

Sonderbare Praktiken eines Wohlfahrtspflegers

Unter der Arbeiterchaft des Westens herrscht lebhafteste Empörung über den Wohlfahrtspfleger Kothler, Westendstraße 53/55, der sich in seiner Amtstätigkeit allerlei Unmahnungen erlaubt. So wurde z. B. einer Frau Fiedler auf ein Gesuch hin eine Beihilfe von 30 Mark gewährt. Kothler erschien nun eines Abends bei der Frau Fiedler und fragte: „Wo ist das Mietbuch?“ Da die Mietsrente bereits bezahlt war, erklärte er, sie solle 30 Mark unterschreiben und 15 Mark händigte er aus. Da er sah, daß die Frau nicht unterschreiben wollte, so ließ er 15 Mark quittieren. Der Herr Wohlfahrtspfleger wollte also eigenmächtig die Unterstützung herabsetzen. Das ist aber nicht der einzige Fall. Bereits des öfteren hat er Zusammenkünfte mit den ihm anvertrauten Hilfsbedürftigen gehabt. Sein Verhalten gegenüber diesen ist wirklich nicht angebracht, das Vertrauen zur Wohlfahrtspflege und den Ehrenbeamten zu heben.

Schwarze Listen im Arbeiter-Abstinenzbund

Am 4. September tagte nach dreimonatiger Unterbrechung die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinenzbundes. Der Vorsitzende Kausch gab den Tätigkeitsbericht. Was die Opposition vorausgesehen hatte, ist eingetreten. Die Parteistaffeln, die man in die Organisation beordert hat, können keine praktische Mitarbeit leisten. Während der Gauleiter Tsch nicht tut, um die fällige Bezirkskonferenz vorzubereiten, war es der aktiveren Opposition möglich, Beziehungen mit abstinenz Genossen im Gau Schlesien anzuknüpfen und so die Voraussetzung neuer Ortsgruppen zu schaffen. Ferner konnte die Opposition von praktischer Arbeit berichten und eine Reihe Vorschläge zum weiteren Ausbau der Organisation machen.

Ist auf der einen Seite unsere Mitarbeit den Reformisten erwünscht, ja unentbehrlich, so scheut man sich andererseits nicht, die oppositionellen Mitglieder auf einer schwarzen Liste zu führen. Als Genosse Mikka die Schabigkeit des Kassierers Unzer, der selbst vor Epigelenarbeit in proletarischen Organisationen nicht zurückschreckt, festnagelte, war dies selbst den SPD-Genossen zu bunt, so daß sich der Vorsitzende genötigt sah, ihm einen berartigen Unfug zu verbieten. Ganz still wurden die SPD-Listen, als die Opposition folgenden Antrag einbrachte:

Der Arbeiter-Abstinenzbund, Ortsgruppe Breslau, erhebt scharfen Protest gegen den Bau des Panzerkreuzers A, da dieser den Luftakt bildet zu weiteren Rüstungsmaßnahmen der deutschen Imperialisten. Der Beschluß der Regierung ist eine Verhöhnung der arbeitenden Massen, die am 20. Mai gegen Panzerkreuzer und Bürgerblutpolitik gestimmt haben. Wir fordern von der Regierung Annullierung ihres Beschlusses und die Verwendung der 9 Millionen für Kinderheime, Wohnungsbau, zum weiteren Ausbau der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge, zur Erweiterung der Trinkerfürsorge und zur Unterstützung der Kriegerhinterbliebenen, Kriegsverletzten und Altersrentner. Wir begrüßen daher, daß das Volksbegehren zum Volksentscheid gegen den Bau von Panzerkreuzern eingeleitet wurde und rufen die Arbeiterchaft dazu auf, zur Durchführung desselben mit aller Kraft restlos beizutragen.

Und nun geschah das Unerhörte, daß die sich als Jungsozialisten rühmten gebärdenden Kausch und Tsch den Antrag unterschlugen und die fadenstehende Begründung dafür gaben, daß sich die Organisation mit politischen und wirtschaftlichen Dingen nicht zu beschäftigen habe. Genosse Fochler brandmarkte das Verhalten dieser Unten SPD-Leute.

Abfahrt zum Roten Treffen in Neusalz

Alle Genossen und Kameraden, die sich zur Fahrt zum Roten Treffen nach Neusalz gemeldet haben, finden sich Sonnabend pünktlich 19 Uhr im „Zurmhof“, Neue Antonienstraße, ein. Da noch einige Plätze frei sind, können sich bis zu diesem Zeitpunkt noch Teilnehmer melden. Fahrpreis 2 Mark.

Die Baronin von Bod und ihr Silberzeug.

Musch. Zu der in sehr bescheidenen Verhältnissen lebenden früheren Zimmervermieterin Margarete K. kam eines Tages eine alte Dame, die sich als Baronin von Bod vorstellte und um Ueberlassung eines möblierten Zimmers bat. Die Adresse der Frau K. hätte sie durch Bekannte erfahren. Nun hatte Frau K. damals überhaupt nur ein einzelnes Wohnzimmer, welches sie selber benutzte; aber da ihr die alte Frau, die ihrer Erzählung nach von ihrer feudalen Verwandtschaft im Stich gelassen worden war, leid tat, überließ sie ihr das Zimmer. Sie selber mußte nun in der Küche schlafen. Für Melete, Frühstück und Mittagessen bezahlte Frau v. Bod monatlich ganze 80 Mark. Das ging über ein Jahr lang so. Eines Tages bot sich der Frau K. die Gelegenheit, auf der Gartenstraße ein Fremdenheim mit sieben Zimmern von einer Baronin von Rothkirch zu kaufen. Diese mußte ihre Wohnung aufgeben, weil sie nach Amerika überfliegen wollte. Zu spät erst bemerkte Frau K., daß sie von der noblen Dame geprellt worden war; denn statt der sieben Zimmer fand sie nur zwei verfügbar, die übrigen fünf waren langfristig bereits anderweitig abgegeben worden. Durch diese Gaunerei kam Frau K. in eine sehr schwierige wirtschaftliche Situation. In ihrer Not erinnerte sie sich daran, daß ihr die Baronin von Bod einmal gelagert hatte, sie würde sich gern bei gegebener Gelegenheit für die Ueberlassung des Zimmers revanchieren. Und deshalb glaubte sie kein Unrecht zu begehen, als sie das in ihrer Verwahrung befindliche Silberzeug der für einige Zeit abwesenden Frau von Bod im städtischen Pfandlohan für 340 Mark verpfandete, um sich vorübergehend etwas Luft zu verschaffen. Aber es hatte sich als sträflicher Leichtsinns erwiesen, auf die Dankbarkeit der von ihr so lange Zeit ausgehaltenen Baronin gerechnet zu haben. Denn als diese von der Sache erfuhr, erstattete sie sofort Anzeige. Frau K. stand nun vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht. Die Anklage warf ihr Unterschlagung vor. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, daß sich der Pfandhahn über das Silberzeug im Besitz des Schwiegervaters der Frau von Bod befindet, und daß Frau K. stets pünktlich die Zinsen für den Leihbetrag gezahlt hat, so daß man ihre Angabe, sie hätte von vornherein die Absicht gehabt, die Sachen so bald wie möglich wieder auszulösen, nicht widerlegen konnte. Trotzdem verurteilte das Gericht die 56jährige unvorbestrafte Frau zu einem Monat Gefängnis. — Dem

Vernehmen nach hat der Schwiegervater der Frau von Bod mit der augenscheinlich wenig geschäftskundigen Frau K. einen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieselbe in Raten gegen 700 Mark zurückzahlen hat, obwohl sie selber nur 340 Mark bekommen hat. Sollte dies zutreffend sein, könnte man der Frau K. nur den Rat geben, nunmehr ihrerseits die Baronin und ihren Anhang wegen Wuchers anzuklagen. Leute, die Wohltaten berartig lohnen, verdienen keine Rücksicht!

Ein Betrunkener fährt Auto.

Der Rutscher Walter K. aus Breslau sollte am 1. Februar d. J. in Ratibor eine neue Stellung antreten. Wie das so üblich ist, benutzte er den letzten Tag, den er hier zu verleben hatte, dazu, eine feuchtfröhliche Abschiedsfester zu veranstalten. Diese begann schon am frühen Morgen, und als K. gegen 11 Uhr aus einem Auskutsch auf der Gabisstraße trat, hatte er schon allerhand Schoppen und Gallonen in sich. Unglücklicherweise stand am Bordstein gerade eine nagelneue Mercedes-Vimouline. In K., der in seiner letzten Stellung auch den Kraftwagen seines Chefs in Ordnung zu halten hatte, erwachten nun plötzlich automobilstische Gefühle, als er den Wagen so verlassen stehen sah. Er besaß zwar keinen Führerschein, wollte aber zeigen, daß es auch ohne das Ding geht. Da die Türen des Wagens verschlossen waren, erbrach er eine der hinteren und balancierte sich trotz seines alkoholisierten Zustandes durch die Scheibe im Innern auf den Führersitz. Ein paar Hebelgriffe — und schon sauste er mit dem August-Coupe durch die Gabisstraße. Aber die Freude sollte nicht lange währen. Schon nach 800 Metern fand die Fahrt ein jähes Ende. K. verlor plötzlich die Gewalt über den Wagen und raste im 60-Kilometer-Tempo gegen einen Lastwagen, der durch den gewaltigen Zusammenprall etwa 20 Meter weit auf den Bürgersteig geschleudert wurde. Ein Wunder, daß dem plötzlich wieder nüchtern gewordenen Pseudo-Chauffeur nichts passierte. Der von ihm gesteuerte Kraftwagen wurde total demoliert. Wegen dieser Geschichte, die leicht hätte ein tragisches Ende nehmen können, stand K. kürzlich vor dem Schöffengericht. Die Anklage lautete auf Diebstahl, Vergehen gegen das Kraftfahrzeuggesetz und Ueberschreitung der Höchstgeschwindigkeit. Natürlich mußte nach Auffassung des Tatbestandes die Verhängung des Diebstahls fallen gelassen werden. Das Gericht erkannte wegen der anderen beiden Delikte auf eine Freiheitsstrafe von sechs Wochen Gefängnis und drei Wochen Haft. — So ist dem Rutscher K. seine Abschiedsfester recht teuer zu stehen gekommen.

Achtung!

Unterbezirkskonferenz

Sonntag, den 9. September, vormittags 9 Uhr, in Breslau, „Marschallplatz“, Marzittinsplatz.

Tagesordnung:

- 1. Der bevorstehende Volkstentseid.
2. Die bevorstehenden Gemeinde-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen. Referent: Genosse Gausen.
Alle Ortsgruppen des Unterbezirks Breslau sind verpflichtet, dazu ihre Vertreter zu entsenden.

Sonnabend 20 Uhr, Proletarischer Abend bei Pielcher, Klein-Mochbern. Reichhaltiges Programm. Eintritt: Erwachsene 70 Pfg., Kinder 30 Pfg.

Sonnabend und Sonntag Untergautreffen in Dhlau. Fahrertragung, Plakonzerte, Demonstration. Massentekelligung wird erwartet.

Sonnabend 19 Uhr bei Pirsch Gartenkonzert der Schalmeienkapelle des KVB. Abt. 6.

Montag. Kommunistische Stadtverordnetenfraktion Sitzung um 19,30 Uhr bei Schneider, Rosenstraße.

Folgen der Wohnungsnot. Im Hause Brigittental 7 hatte der Arbeiter K. mit seinem Untermieter B. eine Auseinandersetzung, die in Tätlichkeiten ausartete. Der Untermieter ergriff in ihrem Verlaufe ein Beil und versetzte dem Vermieter damit mehrere heftige Schläge. Da sich die Verletzungen aber nicht als besonders schwer herausstellten, konnte K., nachdem er im Krankenhaus verbunden worden war, in seine Wohnung entlassen werden.

Volkstentseid. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Breslauer Volkshöhne hält Geh. Rat Prof. Dr. Eugen Kühnemann im Saale der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur (Mathiasbaum) einen Vortrag „Zum 10. Geburtstag Leo Tolstois“. Der Abend wird eingeleitet durch russische Musik, gespielt vom Hennig-Quartett. Eintrittskarten zu dieser Veranstaltung erhalten die Mitglieder zum Preise von 75 Pfennig in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Nichtmitglieder zum Preise von 1,50 Mark auch bei Hainauer.

Wegen der Einebnung oder weiteren Erhaltung alter Grabstätten auf den städtischen Friedhöfen Grabischen und Dswitzer Straße erscheint eine Bekanntmachung des Magistrats im Inzeratenteil.

Die städtischen Bäder in der Ohle, an der Burgstraße und die Strandbäder „Westend“ und „Norden“ sind bis auf weiteres von 9-18 Uhr geöffnet. Bei schönem Wetter sind am Sonntag, dem 9. September, die beiden Strandbäder von 9-18 Uhr, die beiden Ohlebäder von 9,30-13 Uhr geöffnet. — Die für den 9. September vorgesehenen Schwimmbeste im Strandbad „Norden“ und im Frauenbade in der Ohle fallen aus.

Achtung, Wartenbergfahrer!

Das Auto nach Wartenberg fährt ab: Sonntag 6 Uhr, Rödner, Uferstraße. Fahrpreis, 80 Pfennig, bei Casper, Schwendfeldstraße, oder an der Wolff-Ecke, Brigittental, abliefern.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Unterbezirk Riesengebirge. Sonntag um 9,30 Uhr findet in Landesgut, Dole, „Zur Sonne“, eine Unterbezirkskonferenz statt. Alle Ortsgruppen des Unterbezirks müssen erscheinen. Referent Doehrowitz, Breslau.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
Nord. Sonntag Fahrt nach Sandberg. Treffpunkt 6,30 Uhr Königsplatz. Süd und West beteiligen sich.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.
Nord. Sonnabend 18 Uhr Antreten am Waterlooplatz. 17,47 Uhr Abfahrt nach Dhlau vom Hauptbahnhof.
Gruppe Süd, Zentrum. Dhlau-Fahrer Sonnabend 16,30 Uhr bei Janke, Friedrichstraße 41.
Gruppe West. Dhlau-Fahrer Sonnabend 18 Uhr bei Pirke, Mariannenstraße 7. Fahrgeld mitbringen!

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
Alle Kameraden, die laut Beschluß der Abteilungsführerschaft an der Neusalz-Fahrt teilnehmen müssen, finden sich Sonnabend 19 Uhr am „Zurmhof“, Neue Antonienstraße, ein.
Abt. 1. Sonntag Antreten sämtlicher KVB-, KJ- und Parteilgenossen zur Autofahrt nach Dhlau. Fahrpreis 60 Pfennig. Abfahrt Punkt 7 Uhr bei Wolff. Spielleute zur Stelle. Fahrgeld wird täglich von 20-23 Uhr im Lokal Wolff, Königsgräber, Ede-Lauenstraße entgegengenommen.
Abt. 3. Sonntag 8 Uhr Abfahrt nach Dhlau. Fahrpreis 60 Pfennig. Treffpunkt bei Schneider, Rosenstraße. Fahrgeld einzahlen Freitag und Sonnabend von 19-21 Uhr ebenda.
Abt. 4. Kameraden, die zu Rad nach Dhlau fahren, treffen sich Sonntag 7 Uhr am Striegauer Platz.
Abt. 6. Sonntag 10 Uhr alles bei Janke. Antreten mit Kapelle. KVB. Süd, West, Zentrum. Alle Genossinnen und Sympathisierenden, auch die Frauen der KVB-Kameraden, können sich an der Dhlau-Fahrt beteiligen. Fahrpreis 60 Pfennig. Abfahrt Sonntag 9 Uhr Neumarkt. Meldungen noch bei Genossen Kanne.

Untergau Liegnitz. Sonntag Kapellen-Übungskunde in Gölsberg. Liegnitz. Sonntag 8 Uhr Antreten mit Rad am Friedrichsplatz. Kapelle vollständig.

Strehlen. Sämtliche Genossen und Kameraden beteiligen sich am Untergautreffen in Dhlau. Abfahrt mit Auto Sonntag 10 Uhr von Wende. Fahrpreis 1 Mark.

Altwasser. Sonntag 9 Uhr im „Kreuz“ Mitgliederversammlung.

Sonstige Organisationen

Breslau
Arbeiterchören. Sonntag von 10-13 Uhr Übungsstehen im Schiefwerber.
Monistische Gemeinde, Grünstraße 14/16. Sonntag 18,30 Uhr Vortrag über „Darwinismus und Humanismus“. Eintritt frei.
Weißstein. Arbeiter-Samariter-Kolonie. Sonntag 8 Uhr Monatsversammlung im Feuerwehrdepot. Anschließend Materialausgabe.
Waldenburg. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 19 Uhr in der Holschule, Auenstraße, nur für Mitglieder ein Vortrag von Frau Amon. Ausweis mitbringen.
Gottesberg. Verband für Freidenkertum und Feuerbekämpfung. Sonntag 18 Uhr bei Hilbrand außerordentliche Mitgliederversammlung.

Wir beginnen mit dem Film: Der Bund der großen Tot am 19. September 1928 Arbeiter-Sport-Kartell Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Waldenburger Bergland Grubenmetallarbeiter kampfbereit

Am Donnerstag tagte im „Gabelstein“ eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Gewerkschaften, D.M., Bau- und Holzgewerkschaft, Zentralverband der Feiler und Maschinenisten und Zimmererverband, in der die Kollegen aus dem Bergbau zu den Lohnforderungen Stellung nahmen. Nach einem Bericht Daßlers folgte eine reichhaltige Diskussion, in der so recht die empörte Stimmung der Kollegen gegen die Verschleppungstaktik bei der letzten Lohnbewegung ausgegipelt wurde. Alle Redner erhoben schärfsten Protest gegen die

Zerschlagung der gemeinsamen Revierkonferenz durch die B.M.-Bezirksleitung.

Dieser macht Hoffmann Einzelkämpfer mit Christen oder Gleichen und bliebt die unangenehmen Kritiker der anderen freien Organisationen unter Strafandrohung aus. Die Forderungen, die in der B.M.-Konferenz aufgestellt wurden, sind als Mindestforderungen schließlich übernommen worden, um ein gemeinsames Vorgehen nicht zu erschweren. Allgemein wurde gefordert, daß mindestens auch wirklich 15 Prozent Erhöhung des Effektivlohnstufens eintreten muß, andernfalls

rechtzeitig der Kampf ausgenommen werden muß.

Alle Redner forderten Anpassung der Ubertage-Spizenlöhne und Abschlagsätze an die der Untertagearbeiter. Es geht nicht, daß Untertagearbeiter nach vierjähriger Lehrgeld schlechter bezahlt werden, als die Schlepper. Für Feiler und Arbeiter muß bei Arbeiten im Kellerhause usw. bei Temperaturen über 28 Grad Celsius ebenfalls nicht nur die Arbeit, sondern die Sechshundertschicht gefordert werden. Bezirksleiter Timm (D.M.) hat es wieder nicht notwendig gehabt, zu erscheinen. — Die Versammlung trug Kampfscharakter.

Die Grubenbesitzer provozieren

Aus dem Kohlenrevier gehen uns folgende Berichte zu, die die Haltung der Grubenbesitzer so recht charakterisieren:

Begen Kinderleistung entlassen.

In der 23. Abteilung des Julius-Schachtes (Zuchtsgrube) wurden vergangene Woche acht Arbeiter entlassen. Als Grund gab der Steiger Ligenza an, daß diese Bergarbeiter die Leistung, welche ihnen vorgeschrieben wurde, nicht mehr aufbringen. Zwei dieser Leute arbeiten bereits über zwanzig Jahre im Bergwerk und haben schon bei den Spizenlöhnen gestanden. Jetzt erhalten sie den Dank, indem sie die Papiere in die Hände gedrückt bekommen. Auch jüngere Leute sind mit inbegriffen. Hier wurde auch angegeben, daß sie zu oft krank seien, da sie in einem Jahre zweimal den Krankenschein in Anspruch nehmen mußten. Als Ersatz für diese Leute sind bereits schon wieder neue Leute eingestellt worden.

Leistung wird heraufgeschraubt.

Ein Bergmann von der Zuchtsgrube schreibt uns: Raum, daß der Monat vergangen ist, und noch ist die Lohnausrechnung nicht zu Ende, da erscheinen die Beamten und bringen wieder Leistungs-erhöhungen. Ein Beispiel: Die Kameradschaft in einer Strebe, welche im Gestein getrieben wird, hat bei 11 Zentimeter Gebänge einen Lohn von 6,48 Mark verdient. Der Abteilungssteiger hat anerkannt, daß dort gearbeitet wurde und hat noch 0,20 Mark mehr gegeben. In diesem Monat ist das Gebänge auf 12 Zentimeter erhöht worden. Was soll ein Bauer jetzt dort verdienen? So geht es vor sämtlichen Streben der Abteilungen aus. Dies ist die Arbeit der neugewordenen Beamten, Bergwerksrat Kopper und Bergassessor Brands.

Die Berichte unseres Arbeiterkorrespondenten zeigen, in welcher direkt brutaler Art die Beauftragten der Grubenbesitzer gegen die Arbeiter vorgehen. Daraus müssen die Bergleute antworten. Der bevorstehende Lohnkampf ist dazu eine günstige Gelegenheit. Die Revierkonferenz hat na- die Erklärung der weitergehenden Vorschläge der Opposition beschloßen, eine Erhöhung der Spizenlöhne um 15 Prozent und die Herabsetzung des Hauers mindestens auf 7,08 Mark zu fordern. Diese Forderungen sind äußerlich unzulänglich und das mindeste dessen, was der bevorstehende Kampf den Bergarbeitern bringen muß. Freiwillig werden die Grubenbesitzer nichts geben. Greift der Schlichter und Arbeitsminister ein, so ausschließlich im Interesse der Grubenbesitzer. Notwendig ist, den Kampf ab 1. Oktober vorzubereiten. Erklären sich die Grubenbesitzer bis dahin nicht bereit, die aufgestellten Forderungen zu bewilligen, so muß eben der Streik proklamiert werden. Denn nur durch den Streik wird man die Grubenbesitzer, die die Schlichtungsinstanzen zu Verbündeten haben, auf die Knie zwingen können.

Bergarbeiter, müßt die Zeit! Bereitet den Kampf vor! Werft hinein in den Bergarbeiterverband, um die Opposition zu unterstützen! Faßt in allen Betrieben und Zahlstellen Entschloßungen, in denen zum Ausdruck gebracht wird, daß bei Nichterfüllung der Forderungen ihr bereit seid, ab 1. Oktober in den Streik zu treten!

Groß-Waldenburg

Zuchthaus für Unterschlagung. Vor dem Schöffengericht Waldenburg hatte sich der Kassendirektor Otto Lingst wegen Unterschlagung zu verantworten. Er ist bereits im Jahre 1925 wegen Unterschlagung von 4000 Mark, die er als Reisender einer Breslauer Firma begangen hatte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Lingst hat die Waldenburger Kreiswohlfahrtskasse um insgesamt 10000 Mark geschädigt und die unterschlagene Summe auf verschwenderische Art und Weise verbraucht. Er wurde unter Verfolgung mildernder Umstände zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Raubüberfall wurde auf den Wirtschaftler Copenrath vom Dominium Reußenhof auf der Chaussee von Waldenburg nach Reußenhof verübt. Drei junge Leute, die ihn nach der Zeit fragten, überfielen ihn, bearbeiteten ihn mit Messern und Zupfritzen und raubten ihm seine Brieftasche. Der Ueberfallene mußte sich sofort zum Arzt begeben. Er hat sechs Messerstücke im rechten Arm.

Wahrung freigelegter Betriebsräte! Am Sonnabend, dem 2. September d. J., um 10 Uhr, findet in Waldenburg im Saale der Stadtkammer eine Betriebsrätekonferenz statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Amtsratsrats Kammeler, Rathen-

ber des Arbeitsgerichts Waldenburg, über: „Arbeitsvertrag und Rechte und Pflichten der Betriebsräte.“

Welstein. Alle Parteigenossen von Welstein kommen am Sonntag um 10,30 Uhr (7,30 Uhr abends) ins „Deutsche Haus“ zur Generalversammlung der Partei. Erscheinen Pflicht. Genosse Hausen-Breslau referiert über „Das Gebot der Stunde“.

Oberes Revier

Lüge und Verleumdung

Sind nach wie vor die liebsten Waffen der „Bergwacht“. Ueber das Untergauertreffen vor acht Tagen in Gottesberg schreibt sie einen verlogenen Bericht, in welchem u. a. behauptet wird, daß die Beteiligung nur 228 Personen betrug. Es wäre natürlich vergebliche Mühe, die „Bergwacht“-Schwindler zur Wahrheitsliebe erziehen zu wollen. Deshalb können wir uns eine Erwiderung ersparen. Wir sind jedoch bereit, der „Bergwacht“-Rebaktion folgenden Vorschlag zu machen: Von der Kundgebung am Gottesberger Ring ist eine Photographie vorhanden. Bekanntlich berichtet das Glas des Photoapparates die objektive Wahrheit. Wenn sich die „Bergwacht“-Rebaktion verpflichtet, auf allen Anschlagssäulen ihren Bericht von dem Untergauertreffen und daneben das Bild von der Kundgebung am Ring anzuschlagen, so sind wir sofort bereit, die benötigte Anzahl Bilder zu liefern. Geht die „Bergwacht“ auf diesen Vorschlag ein, so werden alle Waldenburger Arbeiter wissen, daß der „Bergwacht“-Bericht erlogen und erstunken ist.

Vom Lobe gerettet

Die beiden Bergleute Hoffmann und Middelmann aus Rathenbach wurden auf der Gustavgrube infolge Zusammenbruchs des Berglastens und Verladung eines Stapels mit Gesteinsmassen von der Außenwelt abgeschnitten. Sie blieben 28 Stunden in der Grube eingeschlossen. Nach unermüdbaren Rettungsarbeiten gelang es am Mittwochnachmittag, die beiden Bergleute zu bergen.

Niederschlesien

Görlitz

Görlitzer Splitter

Die Hausbesitzertagung ist zwar schon einige Tage vorüber. Aber ein kleines Beispiel soll hier noch einmal die „soziale Mission“ unserer Hauspatasch demonstrieren. Da hat der Besitzer des Hauses Sonnenplatz 8 jedes Jahr ein nettes rundes Sümmchen reinen Mietüberschuss herausgeholt. Um dies zu erzielen, hat er die notwendigen Ausgaben soweit herabgesetzt, daß er heute eben keine Ausgaben mehr zu machen braucht. Nur ganz nebenbei: Die in dem Haus untergebrachten vier Mietparteien und die in zwei Werkstätten Beschäftigten, insgesamt 19 Personen, sind gezwungen, 1 (in Worten: „eine“) Klosettanlage zu benutzen, und diese liegt dazu noch im Nebenhaus, welches demselben Besitzer gehört. Innenreparaturen werden schon seit Jahren nicht mehr ausgeführt, wenn man auch neuerdings die Fassade wieder erneuert (wie in der „freiesten“ Republik), die Fassade muß in Ordnung sein, denn es gibt immer noch Menschen, die darauf hereinfallen. Da ist es denn auch kein Wunder, wenn in diesem Hause wirklich paradiesische Zustände herrschen. In den Wohnungen sind die Defen so wacklig, daß man sich vor jedem Anstoßen in acht nehmen muß. Die eine Mietpartei muß bei schlechtem Wetter mit Regenschirmen zu Bett gehen, sie ist also sozusagen dauernd — Sommer wie Winter — „im Bade“. Ein Auszug ist ebenfalls im ganzen Hause nicht vorhanden. Die Abwässer werden auf den Hof geflossen, und da dort kein Abfluß vorhanden ist, wird die Mission, sich „im Bade“ zu befinden, durch die entsprechenden Lüfte und „Düfte“ weiter gefördert. Man sieht, der tüchtige Hausbesitzer versteht es, seinen Mietern etwas für ihr Geld zu bieten. Er läßt sich sogar, damit auch die Sauberkeit zu Worte kommt, die Benutzung des Waschkamers besonders bezahlen. Wir erlauben uns die bescheidene Anfrage: Wie gedenkt eine hohe Behörde dieses Musterexemplar von Hausbesitzer für sein vorbildliches Verhalten zu belohnen?

Hoffentlich wandert diese öffentliche Anfrage nicht auch in den Papierkorb, wie jetzt z. B. allgemein bei der SPD. mit den Protestresolutionen der rebellierenden Mitglieder verfahren wird. Uebrigens, es bleibt in der SPD. nicht immer nur bei Resolutionen. Reulich kommt der Parteileitender zu einem langjährigen Mitglied der SPD., um den Beitrag zu fassen. „Ich werde mir jetzt jede Woche das Beitragsgeld aufheben und mir dann später selber einen Panzerkreuzer kaufen!“ Dazu erhielt er noch das Mitgliedsbuch. Wieder einer mehr, der aus demerrat der Reformisten seine Konsequenzen gezogen hat, wenn auch noch nicht vollständig. K—r.

Sagan

In den Klauen der Fabrik

Ich bin aus meinem Kellerloch getrocknet. Der dumpe Schimmelgeruch lastet noch auf meinem Hirn.

Lautropfen, Tränen des Elends, vermauert, eingefahrt in Steinquadern, zischen aus den Fugen hervor. Die aufgeschreckten, schlaftrigen Köpfe der Mietskassernen stoßen sich in die graue Morgenluft.

Ich steh am Fabrikator. Ein bleiches, zahloses, weitgeöffnetes Maul.

Lange Jäge Lumpengejmüchter Gestalten, die morschen Knochen von jahrelanger, gelber Haut umspannt, fliehen in den finsternen Nachen. Neue Gestalten, verzehungerte, dürre Schatten, mit schlaffen, eingefallenen Brüsten reihen sich ein, in den Strom freudloser Menschen. Hohl und juchend halten ihre Schritte.

Rebender, unhörbar, laufen andere schemenhafte Wesen. Ihre Rippen sind eiseneinfarbig gebleicht. Die verdauten Opfer des fleischfressenden Moloch Fabrik geben ihren lebenden Nachfolgern unerschütterliches Geleit.

Der schwarze Strom der Arbeitstiere ist verjagt. Weibwimmern und zaghaftes Kinderlachen vermischt sich mit dem hart klingenden Gurren der Maschinen.

Vor dem Tore spielen ein paar Kinder im Soffendred. In den Dörmen des Ungehens kreischen die Maschinen.

Auf zum Roten Treffen in Niesky und Neusalz

Unterbezirkskonferenz
des Unterbezirks Steglitz in Schweißnitz

am Sonntag, dem 9. September, um 9 Uhr, im Gasthaus zu den „Drei Linden“. — Alle Ortsgruppen müssen ihre Ortsgruppenleiter entsenden.

Landeshut

Am Sonntag Unterbezirkskonferenz

Am Sonntag, dem 9. September, findet um 9,30 Uhr in Landeshut, Hotel „Zur Sonne“, eine Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Riesaengebirge statt. Jede Ortsgruppe des Unterbezirks ist verpflichtet, teilzunehmen. Tagesordnung: 1. Volksentscheid. 2. Kommunalwahlen. Referent ist Genosse Dambrowski-Breslau.

Krausendorf. Auf zum Gartenfest! Allen Arbeitern und Arbeiterinnen von Krausendorf und Umgebung zur Kenntnis, daß am Sonntag, dem 9. September, im Gasthaus „Zur Regel“ ein Gartenfest des Roten Frontkämpferbundes, bestehend aus Konzert, Preisstücken und Kinderbelustigungen stattfindet. Wir fordern die Arbeiterchaft auf, sich recht zahlreich mit ihren Kindern daran zu beteiligen.

Lebau. Aufsalzchem Wege befinden sich die Arbeiter der Textilfabrik der Firma Heister u. Sohn im nahen Mielchsdorf. Endlich war es wieder einmal gelungen, diese Arbeiter zu organisieren. Prompt machte der Unternehmer mit einem lieben Mitarbeiter ein Gartenfest und suchte mit dem Verband. Ein besonderer Anker aus dem Betrieb fühlte sich berufen, dem Unternehmer mitzutellen, daß bei 30—40 Pfg. Stundenlohn genügend verdient würde. Ein großer Teil Arbeiter hilft sich über die schlechte Lage mit etwas häuslicher Landwirtschaft durch und vergißt dabei, daß er beim Verzicht auf bessere Arbeits- und Lohnbedingungen sich und seine Familie aufs schwerste schädigt.

— 70 Mädchen deportierte man von hier und umliegenden Dörfern vom Arbeitsnachweis nach Schmiedeberg in die Porzellanfabrik. Dieser Betrieb wurde aber bestreift. Die Streikposten hatten schon den Bahnhof besetzt, um den Zug der Mädchen in Empfang zu nehmen. Die Verhandlung mit den Arbeiterinnen und dem Nachweis ergab, daß alle untertarifliche Bezahlung ablehnen. Es fand die Rückkehr statt. Moderne Verhinderung im Zeitalter der Panzerkreuzerdemokratie.

Der Wehstuhl, die Spinnmaschine, der Motor, der dampfschwühende Kessel singen ihr Lied. Der Gesang springt von Saal zu Saal, hadt an die schweißgetränkten Mauern und bohrt sich mit unerbittlicher Gewalt in das Hirn des Arbeitstieres. Proffst heßt das Lied. Wollüstig, von einer unbarmherzigen Kraft gejagt, knallen die Riemen, knallen wie die Peitsche eines Fronvogtes.

Die Sonne spielt lächelnd mit den Gitterstäben am Fenster. Ein Sperling pickt lustig an einer vergessenen Brotkruste und freut sich der Freiheit. Und hinter der Mauer huschen gekrümmte Körper durch undurchdringliche Dampfschleier. Elektrische Tugun mit gläsernem Ausbruch ersetzen ihnen die Sonne, unter deren Flimmern Tage, Wochen und Jahre sie die drückende Kette des kapitalistischen Systems tragen.

Doch es kommt die Zeit, wo die Gitter von den Fenstern verschwinden, die Maschinen ihren röhrenden Gesang einstellen werden. Dann wird die Schär der Entertöben Moloch Kapital ihre Rechnung präsentieren, denn sie sind die Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft. Paul Wehnisch.

Glogau

Glogauer Neugkeiten.

Der nach sozialdemokratischer Auffassung unbedingt „würdig“ herzurichtende Empfang des „Retters“ wird eifrig vorbereitet. Hierzig führen grüne Nester usw. wurden im Stadthort bestellt, das heißt, der ganze Stadthort wird ausgelüftet. Was diese vierzig Fußren und all das andere, was noch hergerichtet wird, kostet, das geht ja die Proleten nichts an, denn die Sozialdemokraten haben es ja dem Magistrat überlassen, wieviel Geld er zum Fenster hinausschmeißen will. Wenn erst bekannt sein wird, was der ganze Kummel gekostet hat, wird sich mancher Arbeiter an den Kopf fassen und das Stadtparlament als Irrenhaus bezeichnen. Schon heute fragen die Proleten: „Ist das der Schulz, für den wir gesammelt haben in einer Zeit, wo wir selber nichts zu essen hatten?“ Jamohl, das ist derselbe, nur mit dem Unterschied, daß damals Schulz ein Revolutionär war, weil er nichts zu fressen hatte. Heute kennt er keinen Klassenunterschied mehr, denn er lebt wie ein Bourgeois. Vielleicht kommt ihm nochmals ins Gedächtnis, daß es Proleten waren, die 1923 für ihn gesammelt haben.

Weil der „Volkswille“ eine Berichtigung bringen mußte über die von ihm gebrachten Unwahrheiten anlässlich unserer Fahrenweise schämt er vor Mut und bezeichnet uns als „Moskaujünger“. Nun, wir wollen lieber Moskaujünger sein, als Arbeiterverräter, wie die SPD. es seit 1914 ist.

Da das Reichsbanner seine Ablehnung aufrecht erhält, mußten die SPD.-Größen etwas anderes in Szene setzen. In der Versammlung der Staats- und Gemeinbedarbeiter brachte Lindner (SPD.) zum Ausdruck, daß alle städtischen Arbeiter Spalter bilden müssen. So wäre es ratsam, die Fahne des Verbandes mitzunehmen. Merkel (SPD.) ging noch weiter, indem er sagte: „Wir empfangen doch nicht den kaiserlichen Feldmarschall, sondern unseren Repräsentanten und Reichspräsidenten, Herrn von Hindenburg.“ Die SPD.-Führer wollen also mit Gewalt die Arbeiter zum Empfang Hindenburgs zwingen. Seht sozialdemokratisch!

Liegnitz

Campig hat den Größenwahnsinn.

Reichsbannerhauptmann Campig erlaubt sich im Volkshaus Ausprüche, die wert sind, daß wir uns mit ihm befassen. Unsere Zeitung, äußert er, benutzt er zum U... wischen. Wir glauben bis jetzt immer, daß zum Sauberhalten seines Allerwertesten keine speziellen Freunde im Reichsbanner herangezogen werden. Dir zur gefälligen Kenntnisnahme, daß uns deine „Volkszeitung“ schon manche große Stunde bereitet hat, denn wir gebrauchen sie als Wipplatt. Deine Freude, daß bloß drei Kommunisten beim A.D.B.-Kongress sind, ist nur eine vorübergehende, denn wir werden dafür sorgen, daß auch dem letzten Gewerkschaftler die Augen geöffnet werden. Wo bleibt die von euch so gerühmte Demokratie? Kassierung der oppositionellen Mandate usw. Wann ist den hiesigen Kollegen Gelegenheit geboten worden, ihre Delegierten zu wählen? Es wäre besser, lieber Campig, du kümmerst dich um deine Reichsbannerkapelle. Was verlangen denn die „Berufsmusiker“, wenn sie überhaupt einmal für euch spielen? Was kosten denn die Uniformen? Daß die Rüden aus Görlitz, die viel Geld gekostet haben, jetzt schon kaputt gehen, sei nur nebenbei bemerkt. Sprich einmal mit den Arbeitern im Reichsbanner als Kamerad, du wirst allerhand zu hören bekommen.

Oberschlesien im Blicklicht

Eigentlich möchte man unserer heutigen Hochschau eine andere Ueberschrift geben. Und zwar im Hinblick auf den Hindenburg-Platz. „Oberschlesien im Dauer-Blicklicht“ wäre das mindeste.

Ja, liebe Oberschlesier und Oberschlesierinnen, es geht hoch her! Wir wollen die zu einer Person erklärte Dreieinigkeits „Gott Vater, Gott Sohn und Gott Heiliger Geist“ höchst eigenartig Oberschlesien besuchen, wimmelt alles durcheinander. Allen voran unsere braven Panzerkreuzer-Sozialisten. Kinder, Kinder, wie die sich anstrengen!

Unterdessen sind die näheren Instruktionen zu dem großen Ereignis herausgegeben worden. Was müssen unsere falkenartig-schallmächtigen Regierungspräsidenten, Landräte, Ober- und sonstigen Bürgermeister bloß für freie Zeit übrig haben. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht irgendeine Stelle einen neuen künftigen Vorschlag zum Empfangsarrangement der staunenden Welt zum besten gibt.

Die erhabenste Angelegenheit ist wohl die Aufstellung der Teilnahmeerlaubnis auf die einzelnen Organisationen. Gura, wir haben es geschafft! Die freien Gewerkschaften erhalten zwei Sitze zum Frühlings- und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband nur einen. Und nun sollen die lächerlichen Kommunisten noch einmal kommen und behaupten, es ginge auf dem Wege zum Sozialismus nicht vorwärts. Mit Riesenschritten, nein, mit Raketenbeschwindigkeit eilen wir dem „Endziel“ unserer Panzerkreuzerlinge entgegen: nämlich dem 10. Geburtstag des republikaniserten Ehrenkaiserhelmlingen müssen die „Freien“ 8 Sitze und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 12 Sitze erhalten. Das wolle Gott und Hindenburg!

So heilig auch diese Geschichte ist und so wenig in diesem feierlichen Augenblick kleinliche Abregel aus vaterländisch-müllerischem Interesse angebracht ist — es muß aber doch gesagt werden: man hat sich bei der ganzen Frühlingsfeier etwas merkwürdig benommen. Und

war deshalb, weil von den Teilnehmern für Essen und Trinken 10 Mark verlangt werden. Diese Forderung wird sicher den eingeladenen Großagrariern die Freude an Sulf und Fraß verderben. Sie hatten sich schon darauf vorbereitet, einmal richtig nassauer zu können — und nu wird nicht draus. (Unseren braven Gewerkschaftshindenburgern dürften die 10 Mark weniger Kopfschmerzen verursachen. Wenn es nicht anders geht, soll ein Extrabeitrag erhoben werden!)

Das war die eine Seite des Lebens, wie sie sich im grellen Schein unseres „Blicklichtes“ zeigt. Die zweite sieht so aus:

Kreuzburg. Ein Opfer der Neuzeit. Ein 23jähriger Schlosser, dem die modernen Betriebe jede Erwerbsmöglichkeit entzogen, hängte sich unweit Eluth auf Sträußern auf. Er wurde von Passanten gerettet. Der Lebensmüde hatte schon im Vorjahre einen Selbstmordversuch unternommen.

Dem Greis könnte mit einem Bruchteil des Geldes, das für den Hindenburg-Kummel hinausgeworfen wird, geholfen werden. Aber das ist ja eben das Gesicht unserer freien Republik, daß diejenigen, die schon vollgefressen genug sind, weiterhin gemästet werden, und daß jenen, die sowieso schon dem Hungerlode entgegensehen, auch noch die letzte Lebensmöglichkeit genommen wird.

Nun kommen wir zu einem Gebiet, das selbst bei zehnfachem Blicklicht dunkel bleibt: Wir meinen die Kirche. Da hat sich vor kurzem in Gleiwitz ein toller Skandal ereignet. Der Franziskanerpater Bernhardt hatte eine Missionspredigt gehalten und dabei das gerade von den Rutensträgern sehr beliebte Thema „Diskrete Frauenfragen“ angeschnitten. Eine um ihr Seelenheil bangende Ehe-

frau suchte später den Pater in seiner Sprechstunde auf, um zu fragen, ob es bei der Gnade der unbefleckten Jungfrau Maria gestattet sei, mit ihrem Manne zu verkehren und gleichzeitig gegen das Sündenvergehen Vorbeugungsmassnahmen zu treffen, weil nach ärztlicher Ansicht eine Geburt für sie den Tod bedeuten würde. Der menschenfreundliche Gottesbruder bezeichnete ein solches Verhalten als Sünde und stellte das Ansehen an die Frau, entweder sich ihrem Manne zu verweigern oder — trotz drohenden Todes — Kinder zur Welt zu bringen. Die Beschränkungen der Frau beschwichtigte er mit der Bemerkung, „Ihr werdet später die Märtyrerkrone auf dem Haupte getragen“.

Schade, daß die Frau nicht resolut genug war, dem Pater ihre Hand ins Gesicht zu drücken. Verdient hätte er es!

Und nun zum Schluß etwas, was sagen wir Freireichler. „Das Blumen sprechen“ ist in Gleiwitz große Parole, seit vor einigen Tagen ein Blumen- und Gartenpreiswettbewerb veranstaltet wurde. Dabei hat man eine überraschende Entdeckung gemacht. In einem Schrebergarten werden bereits wieder Rosen angebaut. Wie es sich nunmehr herausgestellt hat, sind die Anpflanzer mehrere bekannte Sozialdemokraten, die eben auf dem Gebiet der Ernährung dasselbe machen, was ihre Minister mit den Panzerkreuzern getan haben. Wie es heißt, sollen die Leute dafür von Orjesinski mit der „Preussischen Staatsmeißel“ ausgezeichnet werden, weil man höheren Orts der Meinung ist, daß der Anbau von Rosen für den Staat sehr dringend gebührend werden muß, da man sie, sind erst die Kreuzer A, B, C, D gebaut, sowieso brauchen wird, wie man sie 1918 brauchte.

Oberschlesische Kumpels, wollt ihr das?

Terror der Gewerkschaftsführer gegen den Volksentscheid

Gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte werden mit Verbandsauflösung bedroht

Gleiwitz, 7. September.

Zwecks Gründung eines Komitees für Volksentscheid gegen die imperialistischen Kriegsbürokraten und Panzerkreuzerbau hatte die kommunistische Partei, Bezirk Oberschlesien, an eine Reihe Arbeiterorganisationen (darunter an den Kleinbauernbund) sowie an eine Anzahl freigewerkschaftlicher Betriebsräte Einladungen zwecks einer am Sonntag stattfindenden Sitzung versandt. Die Antworten, die auf diese Einladungen, besonders aus den Kreisen der Betriebsräte, bei der Bezirksleitung der kommunistischen Partei einliefen, und die Zustimmung der ober-schlesischen Betriebsarbeiter und Betriebsräte zu dem von der kommunistischen Partei beantragten Volksbegehren, hat sofort eine Gegenaktion der ober-schlesischen Gewerkschaftsführer ausgelöst. Wie bei den Wahlen, so fühlen sie sich auch jetzt als die Beauftragten der Panzerkreuzerpartei und verwechseln die Ortsverwaltungen mit Filialen der sozialdemokratischen Partei. Vor einigen Tagen erschien im sozialdemokratischen „Volksblatt“ ein Brief von einer von den Gewerkschaftsführern veranlaßte Notiz, in der in Fettdruck die freigewerkschaftlichen Betriebsräte vor der Beteiligung an der erwähnten Sitzung gewarnt wurden und darauf hingewiesen wird, daß gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte nur an Konferenzen teilnehmen dürfen, die von den Freien Gewerkschaften

einberufen sind. In nicht mißzuverstehender Weise wird ferner zwischen den Zeilen den freigewerkschaftlichen Betriebsräten, die an der Sitzung teilnehmen, mit Ausschluß aus dem Verbände gedroht.

Eine so unverschämte Anmaßung, ein so plumper Einschüchterungsversuch, eine so offene Parteinahme für die Panzerkreuzerpartei ist selbst in Oberschlesien, wo die Gewerkschaftsführer auf die mangelhafte gewerkschaftliche Schulung ihrer Mitglieder spekulieren und sich als unumschränkte Diktatoren fühlen, beispiellos. Es ist selbstverständlich, daß kein Gewerkschaftsführer selbst bei aller Mühe die lauschulartigen Verbandsstatuten zur Erdroffnung der politischen Rechte der Proletarier auszunutzen, keine Möglichkeit hat, gegen einen freigewerkschaftlich organisierten Betriebsrat, der sich an einem Einheitsauschuss für den Volksentscheid beteiligt, einen Ausschlußantrag zu stellen.

Die Antwort aller Arbeiter, insbesondere der Betriebsräte, auf diese unverschämten Drohungen der Kreaturen Leipzigs und der Stiefelknecht der Panzerkreuzer-Sozialisten kann nur sein: Nun erst recht die Betriebe mobilisiert.

In jeder Grube, jeder Hütte, in jeder Belegschaft, in jeder Gewerkschaftsversammlung agitiert für den Volksentscheid und wählt Vertreter in den Ausschuss für den Volksentscheid!

Verletzung der Demokratie im Bergarbeiterverband

„Auch wenn wir 300 Mitglieder verlieren“ — Oppositionelle Funktionäre nicht geladen — Zahlstelle Beuthen fordert Neuaufstellung der Knappschaftskandidaten

Am Sonntag, dem 2. September, waren für die größeren Orte des Industriegebietes Mitgliederversammlungen des Bergarbeiterverbandes einberufen, um zur Aufstellung der Vorschlagslisten zur Knappschaftswahl Stellung zu nehmen. Auch in Beuthen fand eine solche statt, aber die Mitglieder mußten erfahren, daß die Vorschlagsliste für die Heimiggrube

schon bei der Bezirksleitung eingereicht

war. Eine Empörung bemächtigte sich der Mitglieder, daß die Liste, ohne dieselben zu befragen, aufgestellt wurde. Der Sekretär Piecha (Vorsitzender der Oberschlesischen Knappschaft) hatte beide Hände voll zu tun, um nach SPD-Manier die Mitglieder einzuflehen und zu überzeugen, daß die Kandidaten die richtigen wären.

Die Vorschlagsliste für die Heimiggrube wurde in einer Funktionärssitzung aufgestellt, zu der

die oppositionellen Kollegen nicht eingeladen

und trotz des starken Einflusses der Opposition bei der Belegschaft, diese bei der Aufstellung überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Piecha mußte sich auch anhören, daß die Mitglieder sich nicht mehr länger die Diktatur der SPD gefallen lassen. Da die Mitglieder zu den von der SPD aufgestellten Kandidaten kein Vertrauen haben, besteht die Gefahr, daß die Christen allerhand Stimmen bekommen oder die Belegschaft sich überhaupt nicht an der Wahl beteiligt. Die Mitglieder sind mit dieser Form von „Demokratie“ im Verbande nicht einverstanden und verlangen

neue Aufstellung der Vorschlagsliste.

Bei der Funktionärssitzung sagte Piecha:

„Auch wenn wir dreihundert Mitglieder verlieren, aber wer gegen die aufgestellten Kandidaten operiert, der liegt aus dem Verband!“

Die Gewerkschaftsbürokratie geht mit allen Mitteln gegen die Mitglieder vor, um die Oppositionellen aus dem BWB zu verdrängen. Deshalb müssen die Mitglieder auf dem Posten sein, und solche Sekretäre, die die Gewerkschaften spalten und zerschlagen wollen, gehören nicht in unsere Reihen. Diese können beim Bau der Panzerkreuzer Beschäftigung finden. Von der Knappschaftswahl hängt das Wohl und Wehe der Bergarbeiter in sozialer Hinsicht ab. Der Vorsitzende der Oberschlesischen Knappschaft und Gewerkschaftssekretär

Piecha hatte, wie allen Bergarbeitern bekannt ist, eine Kampagne „zur Sanierung der Knappschaft“ eingeleitet und einige Versammlungen abgehalten, um die Bergarbeiter zur Vernunft anzuhalten, d. h. sie aufzufordern, das Frankfeiern zu unterlassen. So vertritt er die Interessen der Kollegenschaft. Drei Möglichkeiten bestehen nach Ansicht von Piecha: Erhöhung der Krankentagebeiträge, Einführung der Kontrolleure oder Einschränkung des Frankfeierns, indem

ein Arbeiter den anderen selbst kontrolliert, ob er auch tatsächlich krank ist.

Die Bergarbeiter müssen die Absichten Piechas zunichte machen und den Kampf gegen die Belastung durch die Knappschaft organisieren.

Wo bleibt die Demokratie im Bergarbeiterverband

Ein Bergmann der BWB-Zahlstelle Bobrek schreibt uns: In unserer Zahlstelle reizen recht merkwürdige Zustände ein. Am 2. September sollten die Kandidaten zur Knappschaftswahl aufgestellt werden. Früher war es üblich, die Kandidaten von den Mitgliedern vorzuschlagen zu lassen. Diesmal kam der Vorstand mit einer fertigen Liste und stellte die Mitglieder vor vollendete Tatsachen. Wer dem Vorstand angenehm war, der stand auf der Liste für die Wahl und die Sache war erledigt. Die Mitglieder hatten nur zuzustimmen. Es waren auch nur wenige erschienen, da die meisten von der besonderen Versammlung nichts wußten. Wir fragen an: Sind die Mitglieder bloß zum Zahlen da? Müßten immer ein und dieselben als Kandidaten aufgestellt werden? Gibt es nicht noch fähigere Köpfe? Wegen die Verletzung der proletarischen Demokratie aber müssen die Mitglieder energisch protestieren!

Gleiwitz

Selbstmordversuch bei einer Trauung. Bei einer Trauung in der Peter-Paul-Kirche trat dem Brautpaar, als es die Kirche betrat, die verlassene frühere Braut des Bräutigams mit ihrem Kinde mit den Worten entgegen: „Da sieh Dir Deinen Vater an!“ Alsdann verjagte sie, sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern zu öffnen. Schwere

verletzt wurde sie ins Krankenhaus gebracht, wo man bei ihr einen Revolver fand, so daß angenommen wird, daß die Verlassene einen Anschlag in der Kirche geplant hatte.

Metallarbeiter. Sonntag 9,30 Uhr im Bundeshaus, Wilhelmplatz 9, DVB-Mitgliederversammlung.

Sozialfürsorge. Der Städtische Pressedienst Gleiwitz teilt uns mit: Wie in den vergangenen Jahren sollen auch dieses Jahr zur Beschaffung von Wintervorräten Vorschüsse für die Kriegssopfer, Sozial- und Kleinrentner gezahlt werden. Für eine Devorschussung kommen nur diejenigen in Betracht, welche eine laufende Beihilfe oder Zusatzrente vom Fürsorgeamt erhalten. Die Vorschüsse sind bis Ende März 1920 zurückzuzahlen. Die Kohle wird in natura geliefert und im Laufe des Monats angeliefert. Für Kartoffeln wird Bargeld gezahlt. Kriegsbefähigte und Kriegerhinterbliebene haben Anmeldungen bis zum 15. September mündlich im Fürsorgeamt, Bankstraße 13, Zimmer 4, anzubringen. Für Klein- und Sozialrentner besteht die Anmeldefrist bis zum 20. September, Zimmer 1. Die Auszahlung der Vorschüsse für Kriegssopfer erfolgt am Mittwoch, dem 26. September, vormittags von 9—12 Uhr im Vorraum des hiesigen Stadttheaters, Wilhelmstraße 28. Die Vorschüsse für Klein- und Sozialrentner werden gelegentlich der Zahlung der Kleinrentnerbeihilfen am 1. Oktober ebenfalls im Stadttheater ausgezahlt. Nähere Auskünfte werden während der Verteilungsstunden im Fürsorgeamt gern erteilt.

Von der Stadtbücherei. Eine Neuregelung haben die Ausleihzeiten in den Zweigstellen der Städtischen Volksbücherei erfahren. Die Bücherausgabe findet wie folgt statt: Hütte (Hüttenstraße): Dienstag, Freitag und Sonnabend von 6—7 Uhr. Petersdorf (Schule 9): Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 4—7 Uhr. Sosnizza (Gemeindehaus): Montag, Donnerstag und Sonnabend von 4—7 Uhr. In der Hauptbücherei, Wilhelmplatz 8/12, werden nach wie vor mittags von 12—2 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr, außer Mittwoch nachmittags, Bücher ausgegeben. Jugendliche bis zu 16 Jahren haben ihre Bücher zwischen 12 und 2 Uhr mittags einzutauschen. Anmeldungen werden zum Preise von 10 Pfg. gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises entgegengenommen. Die Vethgebühren für jeden Band beträgt 5 Pfg. und ist für 10 Entlehnungen im Voraus zu entrichten.

Behand. Nur 107 Stimmen hatte die SPD. in unserem Ort bei der Wahl. Jetzt will sie, bzw. das Reichsbanner, mit Hilfe eines Lichtbildervortrages Sympathien werden gehen. Arbeiter, laßt diese Gesellschaft unter sich! Die SPD-Pleite ist sowieso nicht mehr aufzuhalten.

Hindenburg

Sonntag nachmittag im Schützenhaus Arbeiter-Pressespekt. Alles kommt!

Beuthen

3000 Mark gestohlen. Einem Fleischermeister wurde, während er mit seinen Angehörigen im Zirkus war, aus der Wohnung eine Geldkassette mit 3000 Mark gestohlen.

Patschkau

Der Auch-Kollege und Hausbesitzer Wintler

Ueber die Person des Herrn Heinrich Wintler, Wallstraße 115, der bis vor kurzem sogar Betriebsrat bei Riesslich war, lesen wir in der „Mitter-Zeitung“ Nr. 5 u. a. folgendes: „Ein humorvoller Hausbesitzer ist der lebige Dreher Heinrich Wintler in Patschkau, Wallstraße 115. Dieser scheint in seinem Hause Diktator zu sein. In diesem Grundstück wohnt bereits seit längeren Jahren eine Professorwitwe. Infolge der Nachkriegswirrkungen ist dieselbe auf Grund ihrer Notlage in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Durch ein Verwaltungsurteil wurde die Witwe durch das Amtsgericht Patschkau verurteilt, ihre Wohnung zu räumen. Um in den Besitz der rückständigen Miete zu gelangen, wurden einige Möbelstücke gepfändet und zwangsweise versteigert. Fast sämtliche Schwermetalle Wintler hat dieser Herr Wintler und sein Bruder, auch Hausbesitzer, für billiges Geld erworben. Aber nicht genug damit, daß man die Sachen für einen Spottpreis hatte, man mußte auch noch ein Geschenk zu jedem Stück erhalten. Dasselbe wohnt auch ein junges Ehepaar aus Beuthen bei der Mutter. Dieser Hauswirt wollte das Ehepaar durch Zwangsmittel herauswerfen, aber ohne Erfolg. Vor kurzem erlaubte er sich, die Kammer des Misters Johann Himmel aufzubrechen und die Sachen auf den Flur zu legen.“

Des weiteren geht uns folgender Bericht zu: Am ersten Sonntag des August machte Wintler in Begleitung seiner Kinder

Aus dem Ratiborer Stadtparlament

150000 Mark für Erwerbslosenfürsorge — 130000 Mark für Proste-Schule — Kommunisten gegen Hindenburgrummel

Der Droschke einen Ausflug nach dem idyllisch gelegenen Weikwasser in der Tschschlowkafel. Dabei besuchte man das Schuhwarengeschäft Gierzig. Man ließ die Verge von Schuhen vorlegen und sagte die Verkäufer von vorn nach hinten und von hinten nach vorn. Bei dieser Gelegenheit hatte sich der Hausbesitzer Heinrich Müller selbst bedient. Er hatte sich in jede Tasche einen Schuh gesteckt und nach einer Weile verabschiedet. Er wurde aber auf der Dorfstraße gestoppt und mußte die Schuhe herausgeben. — Kommentar überflüssig.

Ratibor

Seit Ignidallisch. Uns wird geschrieben: In dem letzten Ratiborer Brief der „Freiheit“ lesen wir einiges von der Kommunistenpartei in Ratibor von H. B. Der Berichterstatter der „Freiheit“ tritt so richtig die Arbeiterinteressen, indem er die kommunistische Partei angreift. Kein Wunder, wenn die Arbeiter sich bedanken, die drei Blättchen starke Zeitung für 20 Pfennig zu kaufen. Auch die Auseinandersetzungen mit der „Tribüne“ vor Gericht veranlassen die Arbeiter zum Denken. Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß jeder von uns nach besten Kräften und Fähigkeiten die Interessen der Werktätigen überall verteidigen muß. Da wir nur ein Volksschule, und vielfach eine sehr schlechte, besucht haben, so sind wir manchmal nicht in der Lage, schön zu reden. Darauf kommt es uns auch nicht an. Das Wichtigste ist der ernste Wille, der Arbeiterklasse und den Armen zu helfen. Dem H. B. von der „Freiheit“ wäre zu raten, nicht Angriffe gegen die Kommunisten zu richten, dafür aber mitzutellen, welche Stellung die Kommunisten zum Hindenburg-Rummel und zur Frage der Erwerbslosigkeit bezogen. Diese Stellungnahme zeigte deutlich, daß die KPD als einzige wahre Arbeiterpartei zu betrachten ist.

Worlau. Arbeiterfest. Das rote Worlau hielt am vergangenen Sonntag ein Arbeiterfest ab, welches von der kommunistischen Partei veranstaltet wurde. Um 14.30 Uhr war Empfang der auswärtigen Teilnehmer. Anschließend fand ein Umzug der Schalmeyenkapelle durch das Dorf statt. Die eigentliche Veranstaltung wurde im Garten von Scherholz abgehalten. Musik, Glücksrad, Preisstiefeln und andere Dinge sorgten für die Unterhaltung der Anwesenden. Der Besuch war außerordentlich stark, viel stärker als bei allen anderen Veranstaltungen der Nachkriegszeit. Ein Zeichen, wie groß die Sympathien der werktätigen Bevölkerung für die kommunistische Partei sind. Durch den starken Besuch bewiesen die Arbeiter, daß sie unter Führung der Kommunisten bereit sind, bis zur Erreichung des Endzieles — Errichtung eines Arbeiter-Deutschlands — zu kämpfen. Nicht weniger als 1300 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung. Allen denjenigen, die durch Sammelarbeiten, auch der Geschäftswelt, die mit beigetragen haben zur Ausgestaltung des Festes, spricht die Ortsgruppe Worlau der KPD ihren Dank aus. Auch abends war der Saal überfüllt, so daß keiner mehr hinein konnte. Daran konnte man ersehen, daß die Arbeiterklasse von Worlau von den Veranstaltungen der bürgerlichen Vereine nichts mehr wissen will. Nun ist das Fest vorbei. Wir fordern die Arbeiterklasse auf, durch geschlossene Unterstützung der kommunistischen Partei den Kampf gegen die Unterdrücker schärfer denn je zu führen.

Die letzte Sitzung des Ratiborer Stadtparlamentes hatte folgenden Verlauf: Nach der Einführung der beiden Stadtverordneten Genossen Hermann Nowak und Lange ging man zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder über. Nachdem man hinter den Kulissen genügend beraten hatte, kam man zu der Ueberzeugung, daß man den Kommunisten die wichtigsten Kommissionen entziehen müsse, damit das Zentrum leichteres Spiel habe und nicht mehr an die Öffentlichkeit gelange. Kommunisten wurden nur in die Bau- und Bibliothekskommission gewählt. In die Finanzkommission kam ein Zentrumsmann.

Die Landarbeiterwohnungen im Stadtteil Studjenna sowie Ottitz sollen elektrisches Licht erhalten. Zum Um- und Erweiterungsbau des Reifchen Babes in ein Jugendheim wurde der fehlende Betrag von 6470 Mark bewilligt.

Zum Hindenburg-Empfang gab der Oberbürgermeister Raschny einige Erklärungen. Die Flaggenfrage interessierte ihn am meisten. Es müßte alles republikanisch flaggen, denn die Zentrumspartei stehe auch auf dem Boden der Republik. (?) Zu der Anfrage des Genossen Nowak,

was der ganze Rummel die Stadt Ratibor kosten wird,

stellte sich der Magistrat taub. Trotzdem Genosse Nowak die Summe von 40000 bis 50000 Mark nannte, die man aus der Dunkelkammer des Magistrats herausbrachte, antwortete der sonst rebelle Magistrat nicht. Die kommunistischen Stadtverordneten stellten den Antrag, daß diese Summe, sei es von der Kommune oder von der Provinz, dem Wohlfahrtsamt überwiesen wird, um damit den Erwerbslosen die Wirtschaftsbefehle auszuzahlen, auf die sie schon sechs Wochen warten. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärte, daß der Antrag auf Wirtschaftsbefehle von dem Magistrat noch nicht endgültig erledigt sei. (Vielleicht wartet der hochwohlwühlige Magistrat auf den ersten Schnee oder auf einen Erwerbslosen-Krawall in der Braustrasse? D. Bez.)

Zu der Nachbewilligung von 150000 Mark für die Erwerbslosenfürsorge verlangten die Kommunisten, daß diese Summe von 40000 Mark erhöht wird, um mit diesem Gelde die Wirtschaftsbefehle auszahlen zu können. Diese Summe wird bei weitem nicht ausreichen, um den Erwerbslosen richtig zu helfen. So wie üblich, ließ auch diesmal Herr Oberbürgermeister Sturm gegen die kommunistischen Anträge. Er ist der naiven Ansicht, daß die Kommunisten die ganze Wirtschaft pleite machen wollen und immer für Ausgaben, aber niemals für Deckung sorgen.

Zur Gartenbaukultur ist der Oberbürgermeister der Ansicht, daß von einem Morgen drei Personen genügend zum Leben hätten. Er vergißt natürlich, daß nicht einmal die Bauern ihr Grünzeug restlos verkaufen können.

Die Dr.-Proste-Schule erfordert eine Nachbewilligung von 180000 Mark. In dieser Summe sind auch 2000 Mark Gratifikation für den Baurat Hochstetter enthalten. Genosse Nowak sprach gegen die Bewilligung der 2000 Mark, da das Gehalt eines Stadtbaurats so hoch ist, daß er als Mensch gut leben kann. 2000 Mark bedeuten ein Jahresinkommen eines qualifizierten Arbeiters. Einem hohen Beamten will man diese Summe einfach schenken. Mit einer kleinen Majorität sind die 2000 Mark abgelehnt worden. Der Magistrat wird schon einen Ausgleich in der Dunkelkammer finden. Damit war die öffentliche Sitzung erledigt.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Sonnabend, 8. September:**
- Bistupitz. 17 Uhr auf dem Marktplatz öffentliche Versammlung. Referent Genosse Kunkel.
 - Ratibor. 20 Uhr Ortsleitungssitzung.
 - Ratibor. 19 Uhr in Rauls Brauerei Belegschaftsversammlung der Plania-Werke.
 - Gr. Ströhlig. 18 Uhr öffentliche Versammlung auf dem Ring.
- Sonntag, 9. September:**
- Ratibor. 9.30 Uhr in der „Stadt Troppau“ Kreiskonferenz der Kommunalvertreter.
 - Kreuzburg. Untergautreffen des KPD.
 - ReiskreisHam. 10 Uhr Mitgliederversammlung.
 - Ratibor. 9 Uhr Mitgliederversammlung im Schützenhaus.
 - Gleiwitz. 9 Uhr früh in den „Vier Jahreszeiten“ Bildung eines Komitees zur Durchführung des Volksentscheides.
 - Karl. 15 Uhr am Feuerwehrplatz öffentliche Versammlung.
 - Ober-Glogau. 11 Uhr am Ring öffentliche Versammlung. 14 Uhr Mitgliederversammlung.
 - Al-Ströhlig. 15 Uhr am Ring öffentliche Versammlung.
 - Laband. 9 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Gajz, Beszchostr.
- Montag, 10. September:**
- Bezirksorgabst.-Sitzung 19 Uhr im Parteibüro.
- Dienstag, 12. September:**
- Gleiwitz. Funktionärsversammlung 19.30 Uhr im Parteibüro.
- Sonstige Organisationen**
- Deutschen. Rote Hilfe. Sonntag 15 Uhr im Lokal Neumann Mitgliederversammlung. Gäste willkommen. Ref.: Gen. Schmalz.

Oppeln und Umgegend

Sherlock Holmes übertrossen

Nachstehendes Geschehen passierte am 19. August in Ditsch-Jamke, Kreis Falkenberg. Der Lehrer Schrammer war mit Familie zum Weizenantritt in Dambrau. Währenddessen stiegen Einbrecher zu Hause in seine Küche ein. Sie sahen sehr sicher fühlend, blickten sich die Einbrecher allerhand gute Sachen und verschmauschten den Braten. Zuguterletzt ließen die Schrammer ihren Stuhlgang auf dem Fußboden der Küche jurist und garnierten ihn mit Schnapsgläsern. Als der Lehrer in seiner Wohnung die Besetzung sah, alarmierte er die Polizei, sperrte sein Geschäft ab und hielt nicht einmal den Schulunterricht ab. Die Polizei erschien mit einem Klotz. Nach Erkundigungen setzte sich die Polizei auf die Spur — nach dem Nachtwächter!!! Der Spürhund wurde so dirigiert, daß er zur Nachtwächterwohnung kam, den man gern aus angeblicher Rasche der Tat überführen wollte. Der Spürhund aber, der da nichts finden konnte, machte bei der ersten Gelegenheit kehrt. Nun kam die geniale Polizei auf einen Sherlock-Holmes-Gedanken. Am Nachmittage kam sie nochmals zum Nachtwächter und ließ sich am liebsten seinen Stuhlgangsortins Papier machen. Aus dem Stuhlgang wollte man ersehen, ob nicht irgend etwas aus der Speisekammer des Lehrers zu finden sei. Der Befund ergab aber, daß der Stuhlgang unschuldig war und mithin auch sein Verriäter.

Das passierte im Jahre des Heils 1928 in der deutschen Republik. Kommentar überflüssig.

Hindenburg freut sich...

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten)

Er, der „Retter“, hat ein Telegramm an die „Heimattreuen Oberschlesier“ gerichtet, worin er sich freut, Oberschlesien wiedersehen und sich von den Winkeln und Wäldern der Oberschlesier überzeugen zu können. Es waren schon viele Herrschaften vom Schläge Hindenburgs in Oberschlesien, sie haben sich die Rote der Oberschlesier angesehen und — Bezugsreden gemacht, aber nicht gehalten. Hindenburg weiß, daß es den Oberschlesier schlecht geht, aber weiß er nicht auch, daß für ihn große Empfangsfeierlichkeiten stattfinden? Viele zehntausende Mark, herausgehoben aus den Knochen der nachlassenden Oberschlesier, werden verschwendet. Dieses herausgeschmissene Geld wird dem Herrn Hindenburg die Rote der Oberschlesier verdeden. Hindenburg müßte das wissen und — er freut sich!

Das Gewerkl löst mit der Feuerwehrleiter Lampen aus.

Man müßte doch eigentlich annehmen, daß die Leuchtmittel im 20. Jahrhundert jenseit sein müßte, daß eine Gaslampe auch ohne lange Feuerwehrleiter ausgelöst werden kann. Beim Gewerkl Oppeln scheint man von demartigen Erfindungen noch nichts gehört zu haben, denn laut H. es doch unerlässlich, daß seit einigen Wochen jeden Morgen gegen 8 Uhr ein Trupp von drei bis vier Mann mit der langen schwebenden Leiter ausläuft und bei Hülfe auf dem Ringe die Lampe auslöst. Selbst den Markfrauen, die auf diesem Gebiet der Energieerzeugung mit Verwertung gewiß keine Fühlens haben, will das nicht in den Kopf.

Hindenburgsicht.

In einer Nacht auf einer Straße fünf gleiche Einbrüche. Die Rheinstraße, in der die neuen städtischen Bauten stehen, war das

Feld, wo von Mittwoch zu Donnerstag fünfmal Einbrecher Glück hatten. Es sind alles Werkstücke, deren Speisekammern erbrochen wurden. Die Polizei verfehlt das dortige Viertel mit ihren Streifen. Das hat sich das Gefindel von Einbrechern zunutze gemacht. Weitere Erleichterung ihrer Tätigkeit trat noch dadurch ein, daß bei diesen neuen Häusern minderwertige Baumaterialien verwendet wurden, so daß Türen und Fenster so verquollen sind, daß sie nicht richtig verschlossen werden können.

Sonderbare Geschäftsausslösung.

Die Firma Janowski u. Könnig, Zimmerstraße, ist aufgelöst. Wahrscheinlich im Streit um den Profit überlegten sich am Montag die beiden Kompagnons. Die Uhrzeiger sind nun das Siegel zur Auflösung des Geschäfts. Klame werden die beiden bestimmt nicht damit machen.

Augen auf — Tachjen zu!

Der Caritas-Berband veranstaltet wieder einmal vom 9. bis 16. September eine große Festei. „Fromme“ (?) Frauen werden sammeln kommen, um angeblich nachher den Armen zu helfen. Wie diese Hilfe aussieht, haben wir schon des öfteren flüchtig. Der größte Teil der Sammlung, außer den von der Bourgeoisie wegwerfenden Kleidungsstücken, geht dann gewöhnlich auf „Verwaltungslosten“ drauf. Mit einer eventuellen Unterstützung wird auch keinem richtig geholfen, sondern es ist höchstens eine Hinwegführung über die elende Lage. Darum, Werktätige, kämpft mit der KPD für einen Staat, in dem der Arbeiter nicht gezwungen ist, Erbetteltes fechten zu müssen und dabei seine Gesundheit noch lassen muß. Wenn die Damen von der Caritas zu euch kommen, weist ihnen die Tür!

Dombrowa a. O. Gegen die Panzerkreuzerpolitik! Am Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung der KPD. Ueber die Koalitionspolitik der SPD, die Panzerkreuzerfrage und den Volksentscheid sprach Genosse Schulz-Oppeln. In der Diskussion protestierte ein parteiloser Arbeiter gegen die Füge der SPD und der Bürgerlichen, daß Max Hoelz festsetzen gehen muß. Genosse Schulz erklärte diese Fügen und sprach weiter über die Verschwendung angeheurer Gelder für den Empfang Hindenburgs, wozu auch die SPD beteiligt ist. Die Versammelten waren darüber einer Meinung, daß mit diesen Panzerkreuzerpolitikern und Hindenburg-Diemern aufgeräumt werden muß, und daß der beste Weg dazu der Eintritt in die KPD und das Lesen der „Arbeiter-Zeitung“ ist.

Kolonie Gollwitz. Für den Volksentscheid. Am vergangenen Sonnabend fand hier eine von der KPD einberufene Volksversammlung statt; diese war im Gegensatz zu den früheren Versammlungen gut besucht. Der Referent Genosse Paczinski sprach in verständlicher Weise über die Panzerkreuzerfrage und den kommenden Volksentscheid. Die Versammelten folgten mit großer Aufmerksamkeit seinen Ausführungen. Zum Schluß wurden einige „Arbeiter-Zeitungen“ verkauft. Die Arbeiterklasse erkennt immer mehr, daß die kommunistische Partei die einzige Partei ist, die den Kampf der Arbeiterklasse bis zum endgültigen Siege führen wird.

Schmalzschow. Nieder mit der SPD! Am Sonnabend veranstaltete die Ortsgruppe der KPD eine gutbesuchte öffentliche Versammlung. Der Referent Genosse Schulz-Oppeln behandelte die Fragen „Panzerkreuzerbewilligung durch die SPD und Hindenburg-Rummel in DS.“ Die Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprach von der SPD Herr Pawlitzki, der frühere Organisator der Landesstützen. Er war mit dem Referenten gegen Panzerkreuzer und Kriegsgefahr einverstanden, glaubte aber, die SPD habe die Angelegenheit „zu sehr aufgebauscht“. Auch sagte er, wenn die SPD ihre Ministergenossen nicht zur Vernunft bringt, wird ein großer Teil der SPD-Arbeiter zur KPD kommen. Vorläufig bringe er aber ein Hoch auf die SPD aus. Mit seinem Hoch blieb der SPD-Mann allein. Im Gegenteil, die Versammlung brach in „Hui-“ und „Nieder“-Rufe auf die SPD aus.

Diese Zeitung weiterzugeben ist Werbearbeit

Lesen Sie regelmäßig die Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“! — Dann werden Sie gefunden haben, daß sie ihre Leser auf allen Gebieten schnell und gut informiert. Sie wird gewiß auch Ihren Beifall gefunden haben. — Deshalb bestellen Sie noch heute, bei dem Kolporteur oder beim Verlag, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, ein Abonnement auf die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung“!

Bestellschein.

Unterzeichneter bestellt hiermit die „Arbeiter-Zeitung“ für Schlesien und Oberschlesien zum Preise von 60 Pfg. die Woche frei Haus

Name: _____
Wohnung: _____
Borderehaus - Seitenhaus - Quergebäude - Treppen _____
Dieser Schein ist ausgefüllt abzugeben an den Verlag Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 oder bei den Kolporturen.

Zu Leo Tolstois 100. Todestage

Von George Lulacz

Was geht uns Leo Tolstoj an? Die bürgerlichen Literaten werden sicher ein tiefgründiges Geschmacksurteil fällen: über die Weltanschauung, über die Religion Tolstois, über Liebe und Mitleid, über „den Menschen“ usw. Das alles geht uns — mit Verlaub gesagt — einen Dreck an. Die sogenannte Lehre Tolstois, die Lehre, daß man dem Uebel nicht widerstehen soll, ist eine uralte Weisheit untergehender, vom Niedergang der gesellschaftlichen Entwicklung hilflos mitgerissener, kraftlos sich auflehrender Schichten. Vom Urchristentum über die Aufklärung der kriegerischen Wiedererlöser bis heute taucht diese Lehre immer wieder auf. Ist sie früher nur ein Zeichen der objektiven Ohnmacht für den Kampf gewesen (z. B. bei den Quäkern nach der großen englischen Revolution), so ist sie heute — wo das Proletariat zu kämpfen imstande ist — eine bloß gegenrevolutionäre Ideologie. Was geht uns also dennoch Leo Tolstoj an?

Der letzte große Roman Leo Tolstois „Die Auferstehung“ ist eine Predigt für diese Lehre. Aber dieser Roman beginnt mit der Beschreibung des Helden, eines gebildeten Nichtstuers aus dem russischen Adel. Und Tolstoj erzählt, wie er aufsteht und seine Schöße — die andere gepugt haben — anzieht; wie er sein Frühstück — das andere bereitet haben — verzehrt usw. Und wir horchen auf. Wir bemerken, daß, wenn Tolstoj Menschen schildert, er stets davon ausgeht, daß der eine ein Ausbeuter und der andere ein von ihm Ausgebeuteter ist. Das scheint ja etwas Selbstverständliches zu sein. Aber versuchen wir nun einmal die ganze bürgerliche Literatur in Gedanken durchzusehen — wo werden wir das finden? Natürlich müssen wir überall die Beschreibung von Bürgern oder Arbeitern finden; was könnten die Dichter denn sonst beschreiben? Aber bei den meisten Dichtern verdeckt die Beschreibung seelischer oder ideologischer Probleme (Liebe, Ehe, Kunst usw.) durchgehendes dieses Grundverhältnis. Wir erhalten eine Beschreibung, manchmal sogar eine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft (z. B. bei Flaubert, Turgenev, Tolstoj), aber diese Kritik ist auf die ideologischen Folgen der kapitalistischen Produktionsordnung gerichtet, sie zeigt die Verzerrungen, die Verlogenheit, den inneren Zwiespalt der herrschenden Klasse auf — ohne jemals auch nur anzudeuten, worauf das gesellschaftliche Sein dieser herrschenden Klasse beruht. Und selbst Dichter wie Zola oder Heinrich Mann, die Arbeiter und ihre Empörung gegen den Kapitalismus schildern, zeigen auch nur, wie der Kapitalismus auf die Arbeit wirkt, nicht aber das, was — ökonomisch — das Wesen der Klassengesellschaft ausmacht.

Bei Tolstoj ist aber gerade dies stets die Grundlage der Charakteristik seiner Gestalten. Seine bürgerlichen Lobhudelei schwächen ununterbrochen von der sinnlichen Fülle seiner Gestaltung, von der wunderbaren Plastik seiner Schilderungen, sie sehen aber selbstverständlich nicht, daß die großartige Unbefangtheit, Klarheit und Allseitigkeit, mit der Tolstoj seine Gestalten sieht und schildert, eben darauf beruht, daß er sie unbefangt als das sieht und schildert, was sie wirklich sind: als Ausbeuter und Ausgebeutete, als Herrschende und Unterdrückte; daß er niemals von den sogenannten seelischen Problemen ausgeht, sondern umgekehrt alle seelischen Probleme als Folgeerscheinungen der materiellen Existenzbedingung seiner Gestalten betrachtet. Man lese z. B. seine wunderbare Novelle „Der Tod des Iwan Iljitsch“. Man wird da, im Augenblick der ärgsten körperlichen Qualen des Todeskampfes, in jeder Bewegung, jeder einzelnen Gestalt genau, in sinnlicher Klarheit, ohne Kommentar eben das Verhältnis von Herrn und Diener sehen. Und diese bürgerliche Ehrlichkeit Tolstois geht so weit, daß er bürgerlich stets seine eigene Weltanschauung widerlegt: jedesmal, wenn seine Helden diese Weltanschauung zu verwirklichen versuchen, tut sich klar der Abgrund auf, der zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten klafft. Der Dichter Tolstoj entlarvt ununterbrochen seine eigene Lehre als müßiges Spiel oder verzweifelte Flucht des deklassierten Intellektuellen. (Am deutlichsten im Drama „Und das Licht scheint in der Finsternis“.)

Freilich: Tolstoj betrachtet dieses Grundverhältnis mit vorkapitalistischen Augen. Er sieht nicht Kapitalisten und Arbeiter, sondern Bauern und Grundbesitzer. Das grundlegende Ausbeuter-Verhältnis in seinen Augen, ist das der Grundrente. Er stammt aus dem Rußland vor der Abschaffung der Leibeigenschaft. Er hat zwar Rußlands Entwicklung zum Kapitalismus miterlebt. Er hat es aber niemals verstanden. Sowohl im Kapitalisten wie im Proletarier sieht er nichts als Aufklärungserscheinungen. Und so scharf und schlagend kann nicht die Ausbeutung im allgemeinen (und ihre besondere Form: die Grundrente) beobachtet, so utopisch und reaktionär sind seine Vorschläge zur Besserung. Das von Proudhon volkstümlich gemachte Wort: „Eigentum ist Diebstahl“ faßt er in primitiver, romantischer, utopischer Weise auf: er will zurück zum Urkommunismus. Er will mit dem Privateigentum, das er haßt, in dem er die Quelle allen Übels erblickt, auch die ganze menschliche Zivilisation austrotten.

Er betrachtet also die Gesellschaft vom Standpunkte des Bauern, der von der kapitalistischen Entwicklung erfährt und ohnmächtig einem unbekanntem, graulichem Schicksal entgegengeschleift wird. Und da er von diesem Standpunkt keine Widerstandsmöglichkeit sehen kann, entwirft seine Nichtwiderstandslehre. Da er nicht kämpfen kann, da er



an eine Umgestaltung der Gesellschaft aus eigener Kraft der Unterdrückten nicht glauben kann, entwirft seine verdrehte, intellektuell-literarische Frage: die Ausbeutung ist ein Uebel — wie kann ich, Leo Tolstoj, mich vor dem Uebel retten, wie kann ich meine Seele retten? Die Frage ist literarisch. Die Antwort ist reaktionär. Die praktische Lösung ist ein schmähliches Kompromiß: Tolstoj ließ sein Gut auf den Namen seiner Frau überschreiben, und vor seinem Tod floh er von zu Hause, um wenigstens rein zu sterben. Er merkte nie, daß seine ganze Lehre eine Flucht, ein Kompromiß gewesen ist.

Die Frage ist falsch und die Antwort noch falscher. Aber das Erlednis, aus dem beide stammen, ist machtvoll und hat mit Literaten-tum nichts zu schaffen: es ist der dumpfe, ohnmächtige, unterdrückte Haß der ausgebeuteten Bauernmillionen gegen den Staat dieser Herren, ihre dumpfe Verachtung der „Kultur“ dieser Herren droht aus jeder Zeile Tolstois. Und wenn Tolstoj selbst — als Ideologe dieses Haßes — auch christliches Dulden predigt, so ist der Haß selbst noch in Tolstois Leben in der revolutionären Form explodiert und hat später eine Grundlage der großen Revolution von 1917 gebildet. Tolstoj selbst hat 1905 verurteilt, seine Dichtung ist aber trotzdem ein Ausdruck jener Strömungen, die 1905 zur Macht kamen. Sein christliches Dulden ist eine verdrehte Spiegelung dieses Bauernhaßes. Eine Beschreibung des bürgerlichen Staatsapparates, in seiner ganzen Niedertracht, wie sie Tolstoj in „Auferstehung“ bietet, findet nicht seinesgleichen in der ganzen Weltliteratur. Diese Verbundenheit mit der Bauernschaft hat Tolstoj daran verhindert, den Kapitalismus zu verstehen und zu bekämpfen. Diese Verbundenheit hat ihn aber als Dichter vor den Folgen seiner Lehre gerettet: trotz seiner schleimig-romantischen Weltanschauung ist er, wie Turgenev ihn schon in seiner Jugend bezeichnet hat, „der große Dichter der russischen Erde“ geworden und geblieben. Und als solcher wird er in den Augen der arbeitenden Massen als großer Dichter weiterleben, wenn der größte Teil der zeitgenössischen bürgerlichen Dichtung längst ins verdiente Vergessen verbannt sein wird.

und Duhanina gehen. Der linke Flügel der Kuomintang gilt dadurch als fastgestellt. Für General Fong ist kein Posten gefunden worden.

Arbeitersport

Morgen Jubiläums-Strassen-Staffette der Sportvereinigung Nordost 03

Gemeldet haben zum Hauptlauf die 1., 4., 5. und 8. Abteilung der Freien Turnerschaft, die Freie Kanu-Vereinigung, Schwimmverein Poseidon und „Nordost“. Jugend: Die 4. und 5. Abteilung der Freien Turnerschaft, Freie Sportvereinigung 1897 und „Nordost“. Sportlerinnen: Die 1. und 3. Abteilung der Freien Turnerschaft und „Nordost“ mit je einer Mannschaft. Die 2. und 4. Abteilung der Freien Turnerschaft mit je zwei Mannschaften. Sämtliche Läufer, Kampfrichter und Ordner erscheinen Sonntag früh 7.30 Uhr Waterloo-Schule. Stoppuhren mitbringen. Start und Ziel ist Waterloo-Schule. Abmarsch nach den Startplätzen um 8 Uhr. Punkt 9 Uhr erfolgt der Startschuß. Alle Läufer müssen außerdem Obertrikt tragen.

Sportvereinigung Nordost. Alle Mitglieder, Schüler, Sportlerinnen, Jugend und Männer, erscheinen Sonntag 7.30 Uhr in der Waterloo-Turnhalle. Sonntag abend gefälliges Beisammensein beim Genossen Joublik, Königgräzer Straße 10.

Arbeiter-Radsportverein. Morgen Sonntag Frühstour zum Rennen. (Ziel Streifener Haussee.) Start 6 Uhr früh Ring. Nachmittags finden Abteilungsstouren statt: 1. Abt. nach St. Radlitz 13 Uhr Klosterstraße, Ecke Königgräzer Straße; 2. Abt. nach Jatzschonau 13 Uhr Friedr.straße; 3. Abt. nach Sandberg 13.30 Uhr Striegeauer Platz; 4. Abt. nach Heidekreuzung 13 Uhr Waterloo-Platz; 5. Abt. nach St. Radlitz 13 Uhr Uferstraße bei Klaf; 6. Abt. nach Jatzschonau 13 Uhr Fubensstraße bei Strahler; 7. Abt. nach Märzdorf 13 Uhr Kolonie Dargow; 8. Abt. nach Wildschütz 13 Uhr Endomaststraße an Brandebad; 9. Abt. nach Sandberg 13.30 Uhr Koberplatz Waterloo-Jahrer: ohne Ziel, Start 14 Uhr Jahnstraße, Ecke Lorenzstraße.

Humor-Ede

Schund und Schung

Für die Praxisten des Schund- und Schunggebetes werden pro Jahr 220 000 Mark rausgeschliffen. In einem halben Jahr sind die Bücher verboten worden, das macht pro Buch 40 000 Mark.

Da wäre es doch viel einfacher, man würde für diese Summe alle Bücher der armen Dichter aufkaufen!

Gut gesagt

Der „Alte Fritz“ erkläre eines Tages bei einem Spaziergang in seinem Park vor dem Vitter einen Invaliden.

„Was will er hier?“ herrscht der König ihn an.

„Ich möchte zum „Alten Fritz“, er soll mir meine Rente erhöhen, weil ich zu alt zum Arbeiten bin.“

„So, so?“ meint der „Alte Fritz“, „wenn er nun nicht mehr kommt, was macht er dann?“

„Ach“, meint der alte Krieger, „dann soll er mich...“ (und fährt das bekannte Blat des Böh von Verlichingen an).

Der König ruft zunächst, sagt aber dann:

„Schön, ich werde schon mit dem „Alten Fritz“ reden, dann kann er sich morgen früh im Schloß Beschreib-holen.“

Am nächsten Morgen empfängt der König, auf seinem Thron sitzend, den Invaliden mit den Worten: „Was will er hier?“

Der Krieger bringt sein Anliegen vor und stellt dabei fest, daß der König derselbe ist, mit dem er gestern gesprochen. „Um...“, meint der „Alte Fritz“, „was tut er, wenn ich ihm nicht mehr Rente gebe?“

Kurz und trocken erwidert der Krieger: „Dann bleibt es dabei, wie wir gestern verabredet haben!“

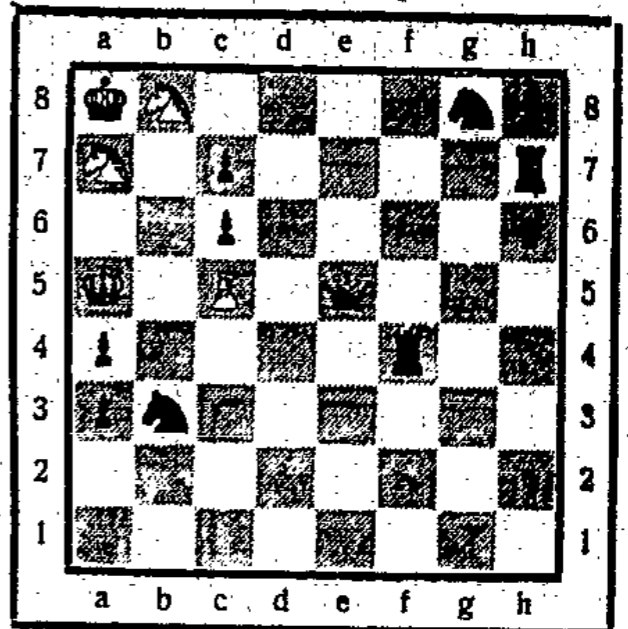
Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Wehlystraße 6, IV.

Problem Nr. 18.

S. Kruttschloff, Wostau

Motto: „Courage“



Matt in 2 Zügen

Stellung:

Schwarz: Ka 5, Tf 4 + h 7, Th 8, Eb 3 + g 8, Ba 3, a 4, c 6, c 7 + h 8.
Weiß: Ka 8, De 5, Dc 5, Ea 7 + b 8.

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Breslau (322,6) Gleiwitz (250).

Sonntag, 9. Sept. 8.45: Glockengeläut der Christuskirche. ● 11: Kathl. Morgenfeier. Mitw.: Eufriede Boehm (Sopran), Anprosch: Caritasdirektor Schuster. ● 12: Konzert an zwei Klav. Harald Schwemer, Werner Kaupt. ● 14: Käsefest. ● 14.10: Dr. Bauer: Mitteleuropäische Verkehrsfragen ● 14.35: Schachklub. ● 15: Funf-Talperls Kindermittag. ● 16: Unterhaltungskonzert. Original Wiener Schrammel-Quartett. ● 17: Landwirtschaftskammerkonzert Dr. Oberlein: „Die Speiseeigenschaften unserer Kartoffelsorten, Ergebnisse der Speisekartoffelversuche der letzten Jahre.“ ● 17.45: Konzert. Ernst Thämer (Flöte), U. Stadel (Tenor), S. Zielowski (Klavier). ● 18.30: Leo Tolstoj (geb. 9. Sept. 1828), B. Killa: „Leo Tolstoj“ — Aus „Krieg und Frieden“: „Die Schlacht bei Borodino“ (Herbert Brunner Rezitat.). — Dr. Witz: „Tolstoj in der Erinnerung seiner Freunde.“ — E. Wagner: Der Schatten von Jajmaja Poljana. Zum Gedächtnis. M. Hennig (Violine), S. Zielowski (Klavier). Zweig: Vorang: Widnis. — Tolstoj: Mitiel Erde braucht der Mensch? — Aus den Tagebüchern (Willy Bulschhoff). — Westbom: Kreuzer-Sonate. — Er ist an allem schuld. Lustspiel von Leo Tolstoj. Perl: Mutina: Michaila. ihr Sohn; Maria, dessen Frau; Paraskia, Marfas und Michailas Tochter; Jaras, Gehilfe des Dorfshulzen: ein Wanderbursche; Janat, ein Nachbar. ● 22: Abendberichte. ● 22.30: Funf-Talperle: Russische Musik. Leitung: F. Wachsaler.

Montag, 10. Sept. 16.30: Unterhaltungskonzert. Funf-Talperle. ● 18: Lehrerin Anna Neumann: Kinderfehler als Lebenshemmnungen. — Dr. W. Stephan: Die Berufsfrage des Jugendlichen und die Berufsschule. ● 18.30: B. Killa: Die Entwicklung des modernen Theaters. ● 18.55: Gab M. Wismann: Beiträge über Kunst und Literatur. ● 19.20: Bekanntgabe der folg. Ueberr. ● 19.30: Stadttheater Breslau: Die Zauberflöte. Oper in zwei Akten von Mozart. Personen: Sarastro; Tamino: ein Priester; die Königin der Nacht; Papageno, ihre Tochter; drei Damen der Königin; drei Raschen; Papageno; Monostatos, ein Mohr; zwei geschnitten Männer. Ort: Im Morgenlande.

Dienstag, 11. Sept. 16: Gespräch über Hermann Hebes „Demian“. Studienrat Dr. Wenzel, Unterprimar Hans-Ulrich Lauterbach und Herbert Goldschmidt. ● 18.30: Unterhaltungskonzert. Soliquintett des Mandolinensextetts „Reichen“. ● 18: Chöreklub Strohob: Schillerische Handwerkertragen. ● 18.30: Deutsche Werke: Französisch für Anfänger. ● 19.25: Dr. Benhauser: Die Kapel Mutterböck: Am Rande des Dschungels. ● 20.30: Gleiwitz: Volkstümliches Konzert. Leitung: Obermusikmeister A. Schulz. Redert: Mit leichtem Schritt — Waldm. Akademische Fellew. — Kabinlein: Melodie. — Urhach: Smetanas Gedächtnis. — Kober: Luxemburg-Maler. — Schumann: Schumannlied. — Kasperl: Abaphodie (mit Benutzung schwedischer Volkslieder). — Jettel: Kasperl und Jasmin. — Petras: Erinnerungen an Joh. Strauß. — Strauß: Tit-Tal. Ausf.: Städtisches Orchester Beuthen O.S. ● 22: Abendberichte. Mitteilungen des Verbandes der Funf-Talperle.

Gewerkschaftskongress in England

In Swansea wurde am 3. September der Gewerkschaftskongress eröffnet. Der Gewerkschaftsführer Turner betonte in seiner Rede, daß die englischen Gewerkschaften im Jahre 1900 bereits drei Millionen Mitglieder zählten. Der Nachkriegs-Höhepunkt erreichte 6 Millionen, und jetzt wäre ein Rückgang auf unter 4 Millionen Gewerkschaftsangehöriger zu verzeichnen.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt wird der Bericht über die Verhandlungen mit dem „Rond“-Auschuß über den „Frieden in der Industrie“ bilden, zu dem eine Reihe von Anträgen seitens verschiedener Organisationen eingelaufen sind. Turner forderte, daß diese Erörterungen ohne politische Gehässigkeiten erfolgen sollten. Zum Arbeitslosenproblem, das den Kongress ebenfalls beschäftigte, stellte er fest, daß er nur ein Abhilfsmittel kenne, nämlich: die praktische Verkürzung der Arbeitszeit. Wie weit der Kongress imstande sein wird, dazu entscheidende Beschlüsse zu fassen, werden die folgenden Tage lehren.

Ueberra-jungen sind von diesem Kongress kaum zu erwarten. Auch die englische reformistische Gewerkschaftsbürokratie wird mit ihrem Apparat, genau wie in Deutschland, imstande sein, das von ihr Gewünschte in die Tat umzusetzen. Fest steht es aber, daß die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung, weder in England noch in Deutschland, auf diesen Kongressen fällt, sondern daß die Arbeiterklasse in den Betrieben und in den Massenorganisationen selbst das letzte Wort zu sprechen haben wird.

Völlige Umbildung der Rankingerierung

Ell. London, 5. September. Nach Meldungen aus Schang-hai ist zwischen den bisher feindseligen Verwaltungen von Ranking und Kwangjing eine Einigung zustande gekommen. Danach wird die Rankingerierung völlig umgebildet werden. Die militärische Macht soll zu gleichen Teilen an die Generale Tschangkaichang

Neu eröffnet!

Radio Lehmann 66

Inh.: Ing. P. H. Jäger, Breslau 10,
Kemp. Radfunkstation, I. Markt, 10
Ladestation, Breslau 10
Täglich Vorführung!

unvermeidlich: für den politischen Teil siehe Dombrowski, für „Opern- und Musik-Vertriebe im Kampf“ und „Kampfbücher“ Wilhelm Kramel, für „Breslau“ G. G. G. und die übrigen Beilagen Friedrich Hüls, sämtlich in Breslau. Für den oberflächlichen Teil Theodor Kell, Gleiwitz. — Für Inserate H. Heber-Breslau

Wollen Sie einen feinen Abend verleben, so kommen Sie am **Sonnabend und Sonntag zum Tanzabend im Mohrbusch** für gute Speisen u. Getränke ist gesorgt **Siluminungs-Kapelle** **Barceba-Band** Es labet freundlichst ein **Hiedermann u. Frau, Grünberg**

Verband für Freidenkertum u. Feuerbestattung, Ortsgruppe Görlitz
Unsere Mitglieder werden gebeten, sich am Sonntag, den 9. Septbr. an der **Einweihung des Urnenheims in Marlissa** recht zahlreich zu beteiligen. Abfahrt um 12,17 Uhr mit Sonntags-Sonderzug nach Marlissa. Dort Treffpunkt 14 Uhr beim Gasthof „Phönix“. Regte Beteiligung erwartet **Der Vorstand**

Dampfmolerei Weißbach Görlitz
Sandstr. 13, Südenstr. 2 empfiehlt sich zur Lieferung täglich frischer, dauerhafter, tiefgefühlter **Vollmilch** **Magermilch, Buttermilch, Kaffee-Sahne, Schlag-Sahne, Tafelbutter** **Diverse Käse**

Hirschberg im Riesengebirge
Geöffnet ist Sonntag, den 9. Septbr. die Fleisch-Abteilung, Bahnhofstr. 17. Diese verbleibt bis Sonnabend, den 15. September früh, den Nachtdienst

Empfehle meine **Qualitäts-Zigarren** **Zigaretten / Tabakwaren** **und Pfeifen** in allen Preislagen **Golding** **Grünberg, Berliner Straße 95**

Fahrräder, Nähmaschinen Sprechmaschinen, Platten Ersatzteile :: Reparaturen **Oskar Kleiner** **Strehlen i. Schles., Schulplatz 14/15**

Enorme Auswahl! 10 bis 20 Mark Anzahlung 12 bis 20 Mark Abzahlung **Keine Zinsberechnung!** **Franz Birke** **Dittersbach, Haltestelle Zoll**

Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik **Gerhard Hentschel** **Lauban i. Schl. Telefon 233** **Frühstückstube**

1 Packung **Schweinefleisch** 18 Pfd. nur Mk. 5.20 **Nachnahme** **Herrfhr. Hollmann & Co.** **Nordstr. 14, Weitzsien**
Wir empfehlen unsere Buchdruckerei zur Anfertigung von
Werken Plakaten Briefbogen Rechnungen Programmen Einlaßkarten Flugblättern Massenauflagen usw. **Gute Ausstattung / Niedrigste Preise!**
DEUVAG **Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin** **Fil. Breslau** **Trebnitzer Str. 50**

Sie verdienen Sie täglich 10 Mark mit Schnürsenkel **Nur persönl. kommen** **Reste** in Serge, Kiltel, Leinwand, Aermelfutter, Rohhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal, alles sehr billig prima Ware **Detail und Engros** **Berth. Lipperl** **Breslau** **Heinrichstraße 16** **Niliale: Oberstr. 17** **Weißberggasse 43**

Partei-genossen! Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere **Inserenten!**

Billige Schuhwaren

Durch persönlichen Großeinkauf für unsere 15 Kaufhäuser erstanden wir in den bedeutendsten Industriestädten der Schuhbranche große Mengen guter Schuhwaren aller Art, die wir ganz außergewöhnlich billig zum Verkauf bringen.

Braun, mit Crépe-sohle 41-46 16.50 36-40 **12.50**



Schwarz **9.50** Lack **12.50** Paar



Damen-Leder-**Kausschuhe** mit fester Koppe und Abschleck, P. 3.50, Niederreiter . Paar **2.95**
Imitierte Kamelhaar-**Umschlagschuhe** mit Abschleck 3.50 ohne Paar **2.95**
Kinder-Lack-**Spangenschuhe** mit farbige Hinterleil Gr. 20-22 . Paar **2.50**
Braune **Kinder-Stiefel** Gr. 25-26 Gr. 23-24 P. 5.25 Paar **4.95**

Schwarz **11.90** Paar
mit Kreppe-sohle braun . . Paar **12.50**
Schwarz **11.90** Lack **12.50** Braun **13.50**
Gesundheits-Schuhe mit besonderer Ballenweite




Braune Damen-**Spangenschuhe** Boxkalf . Paar **11.90**
Herren-**Schnür-Stiefel** bequeme Form, weiß gedopp., Paar **12.50** **9.50**
Schulstiefel schwarz, Rindbox Gr. 31/35 Gr. 27/30 P. 7.90 Paar **6.90**
Burschen-**Halbschuhe** braun, Paar **10.90** schwarz, Größe 36/39 Paar **8.50**

Gold-Brokat **8.90** | Spangen-Schuhe **9.80** | Lack **8.90** Leder **5.90** Paar





KAUFHAUS ZUM STRAUS

LENDEMAN & G. A.G. * GÖRLITZ

Den Arbeiter-Vorbereiten, Gewerkschaften usw. seien nachstehende Lokale besonders empfohlen **Gewerkschaftshaus Liebau** hält sich den werthen Gewerkschaftsmitgliedern, Arbeiter-sportlern und Vereinen bei Veranstaltungen und Ausflügen bestens empfohlen. Gute Biere sowie vorzügliche Küche zu soliden Preisen. Angenehme Lokalitäten

Elektro-Wäscherei Odertor **Rosenthaler Straße 14**
Die geehrten Hausfrauen können sich in kürzester Zeit ihre **Wäsche selbst waschen.** **Boden- und schrankfertige Wäsche** **billigt und prompt.**

Deine Einkäufe mache bei Inserenten dieser Zeitung **Die anderen wollen dein Geld nicht!**

Arbeiter, Angestellte und Beamte sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der **„Volkfürsorge“** **Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche** **Versicherungsaktiengesellschaft** Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margarethenstr. 171, Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus) Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiwitz, Postampstr. 11, oder der Vorstand der Volkfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59



„Piefür“ Wilhelm Schneider **Bestattungs-Anstalt** **Breslau 1, Schuhbrücke 58, Ecke Kupferschmiedestraße** **Fernsprecher 54404** **Begräbnis-Versicherung**

Franz Zinnecker **Hindenburg** **Kronprinzenstrasse 63** **Eigene Reparatur-Werkstatt** **Uhren - Gold- und Silberwaren**



Gemeinnützige Schreibstube **Ursulinerstr. 5/6 Ecke Schmiedebrücke** **Fernruf 25302** **Adressen-Schreiben / Postfertiger** **Propaganda-Berand / Diktate in und außer dem** **Haute / Schreibmaschinen - Arbeiten / Zeugnis-** **abschriften / Verbrieflichungen / Zeitteller und** **Schreibstüber**

10 Worte **Genossinnen** sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten **„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie in unserer Zeitung inserieren!“**

Die gelbe Theorie der Wirtschaftsdemokratie auf dem Gewerkschaftskongreß

Hamburg, 6. August.

„Wenn Karl Marx leben würde, so wäre er bei uns und würde heute an Stelle des Kollegen Naphthal das Referat über Wirtschaftsdemokratie halten!“ Mit dieser Schändung Karl Marx' eröffnete gestern vormittag Tarnow den dritten Verhandlungstag des A.D.B.-Kongresses. Darauf gab er Herrn Naphthal — jetziger Wirtschaftsredakteur des „Vorwärts“, bis vor kurzem Redakteur der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“ — das Wort zu seinem Referat über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie.

In seinem Referate führte Naphthal u. a. aus: Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bezeichnet das Bedürfnis, „den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu klären“. Der Kapitalismus habe bereits von sich aus das System der freien Wirtschaft grundlegend verändert, indem er es mit zahlreichen Organisationsmomenten durchsetzte. Diese Durchorganisation des Kapitalismus bedeutet noch nicht Demokratisierung der Wirtschaft, sie muß aber zwangsmäßig deren Entwicklung beeinflussen. Neben die Tendenz zur privatkapitalistischen Organisation tritt als weiteres Merkmal der modernen Wirtschaftsentwicklung das Anwachsen der öffentlichen Betriebe, treten endlich als neues unkapitalistisches Element die eigenen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterklasse. Ziel der Rationalisierung wäre die Verringerung der Unkosten. Soweit diese Verringerung auf technischem Fortschritt und besserer betrieblicher Organisation beruhe, werde sie auch von der Arbeiterklasse grundsätzlich bejaht. Der Weg zum Sozialismus kann nur schrittweise juridisgeleget werden. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne.

In der Diskussion zum Referate Naphthal's erklärte Brüll (S.P.D. Hannover), daß durch die Posten in der Regierung und in den Ämtern schon ein Stück der Wirtschaftsdemokratie geschaffen sei. Ziska (Berlin) meinte, daß die Arbeiter eine neue Ethik nötig haben, um von Egoisten zu Idealisten zu werden. Jeder Arbeiter müsse begreifen, daß es einer eigenen Höchstleistung in der Wirtschaft bedarf, um die Wirtschaft im Sinne des Proletariats zu entwickeln.

Darauf ergriff der oppositionelle Delegierte Krauß (Stuttgart) das Wort. Er führte aus: Der Weg der Wirtschaftsdemokratie bedeutet, daß es nicht mehr der Kampf zur Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems geführt wird. Man gibt das Endziel des Sozialismus vollständig auf. Die Wirtschaftsdemokratie ist eine Illusion und praktisch nichts anderes als die Fortsetzung der Arbeiterschaft. Sie steht im unüberbrückbaren Gegensatz zur revolutionären marxistischen Auffassung. Von der Auffassung von Marx und Lenin, daß die Monopolisierung der Wirtschaft nicht zur Überwindung der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft führt, sondern diese ungeheuerlich verschärft, ist nichts übrig geblieben. Was der sozialdemokratische Arbeitsminister Wisell sagte, daß „der heutige Staat ein sozialer ausgleichender Staat ist“, das sagen auch die Unternehmer und die bürgerlichen Gewerkschaftler. Die kapitalistische Regierung wird nie zum Vorteil der Arbeiterschaft in die Wirtschaft eingreifen. Vor der Arbeiterschaft ist der ganze arbeitereindliche Charakter der Wirtschaftsdemokratie bereits enthüllt. Die Opposition in den Gewerkschaften ist heute schon sehr stark, sie wird immer stärker werden, wenn die Arbeiter immer mehr begreifen, daß der Weg zum Sozialismus nicht über die demokratische Rettung der Wirtschaft, sondern über den revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Enteignung der Produktionsmittel führt.

Darauf erhielt Tarnow das Wort. Er erklärte, daß das Referat Naphthal's eine programmatische Zusammenfassung und eine bewusste Einführung in die wahre Demokratie darstelle. Die Auffassung der Opposition vom Sozialismus bezeichnete er als „Marxismus“.

In der Nachmittagsitzung bekannte sich der Diskussionsredner Zahn (Berlin) begeistert zu Naphthal und erklärte, daß der Klassenkampf von der Straße in das Verhandlungszimmer verlegt wurde. Nach ihm sollte der oppositionelle Delegierte Gähler das Wort bekommen. Es wurde ihm jedoch das Wort durch einen angenommenen Schlußantrag abgeschnitten.

In seinem Schlußwort erklärte Naphthal, daß er es für überflüssig halte, auf die grundsätzliche Gegnerschaft zur Wirtschaftsdemokratie, wie sie vom oppositionellen Redner Krauß zum Ausdruck gebracht worden ist, einzugehen, da das die Auffassung der kommunistischen Partei sei. Ueber die Rolle der Betriebsräte erklärte er, daß die Einflussnahme auf die Wirtschaftsführung nicht von den Betriebsräten ausgehen könne, da sie aus Betriebsegoismus immer mehr das Einzelinteresse ihres Betriebes über das allgemeine Interesse stellen.

Sodann wurde die Resolution des Bundesvorstandes zur Diskussion gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Darauf erhielt Herrmann Müller vom Bundesvorstand das Wort zu einem Referat über die Vereinheitlichung der Sozialpolitik. Er appellierte an die Regierung, den Gewerkschaftsführern mehr sozialpolitische Beamtenposten zuzugestehen.

Am heutigen 4. Verhandlungstag des A.D.B.-Kongresses wurde die Debatte zum Referate Herrmann Müllers über die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung fortgesetzt. Wohlmann vom Hauptvorstand Deutscher Krankenkassen bestreitet, daß der Hauptvorstand für eine Zersplitterung im Krankenkassenwesen sei. Siegmund (S.P.D. Chemnitz) sprach für die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre. Nach einem weiteren S.P.D.-Redner erhielt der oppositionelle Delegierte Gähler das Wort. Er führt aus: Die Zersplitterung der Einrichtungen der staatlichen Sozialversicherung kann nur behoben werden, wenn die Gewerkschaften den Kampf darum führen. Wenn die Gewerkschaften, im Gegensatz zu den in den letzten Tagen hier vertretenen wirtschaftsfriedlichen Anschauungen, ernstlich daran gehen würden, unter Einsetzung der Kampfkraft der Arbeiter die Löhne hochzutreiben und die Arbeitszeit zu verkürzen, dann würde das die wichtigste Vorbedingung für die Steigerung der Leistungen der Sozialversicherung, für die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der Sozialgesetzgebung sein. Die Entwicklung geht nicht in der Linie der Verbesserung der sozialen Verhältnisse der wertvollen Massen, sondern der Verschlechterung auf allen Gebieten. Rosa Luxemburg schrieb, daß sogar ein ernsthafter Kampf

um die sozialen Verbesserungen in der Niedergangsperiode der kapitalistischen Wirtschaft sehr schnell an seinen natürlichen Schranken stößt und in den revolutionären Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft umschlagen muß. Die Arbeiter müssen vor den Illusionen gewarnt werden, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und mit friedlichen Mitteln ihre Lebenslage dauernd gebessert werden könne.

In seinem Schlußwort erklärte Müller, es sei doch Tatsache, daß der Hauptvorstand Deutscher Krankenkassen für die Zersplitterung des Krankenkassenwesens gewesen ist.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution des Bundesvorstandes gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Nunmehr stellte das Präsidium die Unterstützungsfrage für die oppositionelle Resolution gegen den Bau des Panzerkreuzers. Nur die drei Oppositionellen unterstützten den Antrag, der damit abgelehnt wurde. Da von reformistischer Seite kein Antrag zum Bau des Panzerkreuzers eingebracht worden ist, hat die Mehr-

heit des Kongresses klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie für die imperialistische Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie ist.

Sodann hielt Heßler das Referat über die Bildungsaussagen der Gewerkschaften. Er entwidmete die bekannten reformistischen Ideengänge. Ehe die Diskussion begann, erhielt Severing das Wort. Er warnte dem Referenten gegenüber vor Illusionen bezüglich der erwarteten gesetzlichen Änderungen. Wohl müsse man reformieren, sogar bis zur Schöpfung, doch wolle er aus tatsächlichen Gründen nicht sagen, wann er ein Schulgesetz einbringen werde. Zunächst ist es notwendig, den Bau der Republik zu festigen. Die Untermauerung der Republik kann aber nicht geschehen, wenn die Sozialdemokraten in der Regierung nur ein Gastspiel geben. Dazu brauchen sie mindestens eine Legislaturperiode. Sie brauchen dabei keine Grundzüge zu verraten, das geschah auch nicht in der Panzerkreuzerfrage.

Nach Severing's Rede wurde in die Diskussion über das Bildungswesen eingetreten. Nach belanglosen Ausführungen vier reformistischer Redner wurde der Kongreß auf Freitag verlagert.

Versälicher des Marxismus

Von Paul Kerler

„Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie ist der Weg zum Sozialismus, die verwirklichte Wirtschaftsdemokratie ist das sozialistische Wirtschaftssystem“, das ist der Leitgedanke in den Ausführungen des bürgerlichen Wirtschaftlers Naphthal auf dem Hamburger Kongreß des A.D.B.

„Der Weg zu diesem Ziele geht über die Arbeit am Staate, die Arbeit im Staate. Der demokratische Staat soll unser Staat sein. Er soll zum sozialen Staat werden, der sich schließlich weiter entwickelt zu einer sozialistisch-organisierten Gesellschaft.“

„Wir erheben auf dem Boden der politischen Demokratie die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft... Wenn wir mit rückhaltloser Klarheit darzulegen versuchen, daß der Weg zum Sozialismus nur schrittweise über eine Demokratisierung der Wirtschaft führen kann, wobei sowohl die Größe der einzelnen Schritte, als auch das Tempo der Ganganz von der Energie unseres eigenen Willens abhängig ist, so hat das nicht das Geringste mit einer Resignation im Kampf um das Endziel (den Sozialismus) zu tun.“

Diese Ausführungen Jädel's und Naphthal's in Breslau und in Hamburg geben in konzentrierter Form den Ueberblick über die Theorie, die der 13. Kongreß des A.D.B. zur Grundlage der Gewerkschaftsbewegung gemacht hat.

„Der Ruf nach Wirtschaftsdemokratie hat nichts mit irgendwelcher Harmoniebuschlei zu tun. Wir glauben nicht, daß uns irgendeine Frucht kampflös in den Schoß fallen wird. Wir rufen mit dieser Forderung auf zum beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Diese Ausführungen, die Naphthal am Schluß seines Referats machte, dienen der Verhüllung des wirklichen Charakters der wirtschaftsdemokratischen Anschauungen. Das ganze Referat ist gewissenhaft von dem Gesichtspunkt der Entwicklung und Förderung demokratischer Illusionen unter den Werttätigen zur Ablenkung der Arbeiter vom Klassenkampf ausgearbeitet. Jeder Arbeiter muß sich darum die Frage vorlegen, mit welchen Kampfmethoden soll die Wirtschaftsdemokratie erreicht werden? Was sind die einzelnen Stappen der schrittweisen Entwicklung zum Sozialismus?

Die Antwort auf die ihm unangenehmen Fragen gibt Naphthal verhält und verlaufelert. Er stellt fest, daß der Ruf danach, die Gemeinschaften — vertreten durch den demokratischen Staat — über die privatkapitalistischen Monopole zu setzen, von der Arbeiterschaft als notwendig erkannt wird. „Die Kontrolle des Staates mit besonderer Organen, in denen die Vertreter der Wirtschaft immer gleichberechtigt mit den Vertretern der Gewerkschaften eingeschaltet sind, muß die Handlungsfreiheit der großen wirtschaftlichen Organisationen beschränken unter dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls... Die monopolistische Organisation der Wirtschaft entwickelt die Anknüpfungspunkte zu einer planmäßigen Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat... Der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, der hier wie auf den meisten Gebieten sich zugleich als ein wirtschaftlicher und ein politischer Kampf darstellt, muß neben der Staatskontrolle auch um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopolorganisationen geführt werden.“

Der demokratische Staat ist nach diesen Auffassungen ein Gebilde, das über den vorhandenen Klassen steht, und im Interesse des „Allgemeinwohls“ ausgleichend wirkt. Es ist abhängig von der politischen Einsicht der Massen, wie weit es gelingt, diesen Staat mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Je mehr Arbeiter der Sozialdemokratie ihre Stimme geben, desto schneller wird der soziale Inhalt des Staates wachsen, desto energischer und entschiedener werden die staatlichen Organe den Druck auf die kapitalistischen Herrscher der monopolisierten und truifizierten Produktionsmittel entfesseln, um sie zu einer, im Interesse der Gesamtbevölkerung liegenden Leitung der Wirtschaft auf demokratischer Grundlage, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften, zu erzwingen.

Die Organe der demokratischen Leitung der Wirtschaft sollen der Reichswirtschaftsrat und die Bezirkswirtschaftsräte sein. Darüber hinaus sollen die Gewerkschaftsvertreter unmittelbar an der Leitung großer Monopolorganisationen beteiligt werden.

Das ist nach der Anschauung der Führer des A.D.B. der Kampf um die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Gemeinsam mit den Organen des kapitalistischen Ausbeuterstaates, den wir in der bürgerlichen Republik vor uns haben, gemeinsam mit dem teils durch den Druck der Organe dieses Staates und teils durch bessere Einsicht vernünftig gewordenen Finanzmagazinen und Industrietitern soll der Sozialismus schrittweise aufgebaut werden.

Dieser „friedliche“ Weg zum Sozialismus wird niemandem Schaden bringen. Seine Anwendung erübrigt die gewalttätige Beseitigung der ausbeuterischen, privaten Beherrscher der Produktionsmittel, wie es Karl Marx und Lenin die Arbeiterschaft gelehrt haben, und wie es die russischen Arbeiter durchführten. Auch die Ausbeuter werden als wichtige Glieder der Wirtschaft mit in den „Sozialismus der A.D.B.-Führer“ hineinwachsen.

Ähnlich wie in der Zeit des großen Krieges, als die zwangsweise Nationalisierung der Lebensmittel durchgeführt wurde, namhafte A.D.B.-Führer ausriefen, „überall, wohin wir sehen, finden wir nichts als Sozialismus“, so sehen und hören diese verträchteten Ordele heute überall den Sozialismus wachsen.

Sogenannte soziale Gesetze, wie das Arbeitslosenverteilungsgesetz, das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Schlichtungsgesetz, das Schlichtungsweggesetz, das nach Leipzig der „Schlichter der Wirtschaftsdemokratie“ ist, fördert nach der Auffassung von Naphthal und A.D.B.-Führer das Wachsen des Sozialismus. Er ordnet die materiellen Interessen der Arbeiterschaft zwangsweise dem „Allgemeinwohl“ unter.

Die Arbeiterbank, die Millionen der unter großen Opfern von den Arbeitern aufgebracht Gewerkschaftsbeiträge durch kapitalistische Spekulationen vergeudet, die weitere unghäliche Millionen durch eine dauernde Investierung in kapitalistischen Betrieben der Verwendung im Interesse des Klassenkampfes entzieht, die Bauhütten, die in vollständiger Abhängigkeit von den privatkapitalistischen Herrschern der Baustoffe ungeheure Summen eben solcher Mitgliedsbeiträge verwenden, in deren Betrieben die Arbeitsbedingungen sich keineswegs von den in privatkapitalistischen Betrieben unterscheiden, die Genossenschaften, die sich immer mehr zur rein kapitalistischen Geschäftspraxis entwickelt haben, fördern nach ihrer Anschauung das Wachsen des Sozialismus.

Es ist eine Verhöhnung der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft, die Tribüne des Kongresses der freien Gewerkschaften zur Proklamierung dieser sozialimperialistischen Gedankenengänge zu mißbrauchen. Es ist eine Schändung des Geistes der proletarischen Klasse, Karl Marx, diese Auffassung mit der von ihm begründeten Klassenideologie des internationalen Proletariats zu identifizieren.

Karl Marx und Lenin lehrten die internationale Arbeiterklasse, daß die imperialistische Periode, die Periode der Monopole und Trusts wohl zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt, aber das Privateigentum der herrschenden kapitalistischen Klasse an ihnen nicht aufhebt. Daß diese Periode nicht zur Überwindung, sondern zur Verstärkung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft führt und damit eine Verschärfung der imperialistischen und der Klassengegensätze hervorbringt. Sie ist die Periode der imperialistischen Kriege und der sozialen Revolution.

Der Staat, das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, wird in der Periode der Monopole und der Trusts viel unmittelsbarer und brutaler von den Beherrschern der Produktionsmittel zur Niederhaltung der proletarischen Massen verwendet. Daran ändert auch das Bestehen der Koalition zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien nichts. Wer sich an der Koalition beteiligt, sich zur gemeinsamen Arbeit im Interesse des „Allgemeinwohls“ in der heutigen Klassengesellschaft mit den Beherrschern der Produktionsmittel und ihrer Wirtschafts- und Staatsorgane verbindet, wird zum Werkzeug dieser Gewalten gegen die ausgebeuteten Massen.

Viele tausende Beispiele hat das deutsche Proletariat am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Das letzte, daß die sozialdemokratischen Führer in der Bewilligung des Panzerkreuzers und der Kriegserklärungen den deutschen Arbeitermassen gegeben hat, zeigt den Weg, wohin die „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ tatsächlich führt.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften müssen mit aller Kraft gegen diese Entwicklung kämpfen. In Übereinstimmung mit den Ausführungen des oppositionellen Delegierten Krauß müssen sie, entsprechend der konzentrierten Kampfkraft der Unternehmer, ihre Reihen fester schließen, revolutionäre Methoden in ihrem Kampfe anwenden, jede Möglichkeit zur Erhöhung ihrer Löhne und zur Verkürzung der Arbeitszeit schnell und ohne Rücksicht auf die bestehenden Verträge und gefällten Zwangsschleissprüche ausnutzen. Sie müssen den Kampf gegen Kriegsgesahr und Faschismus führen und zur Aktion schreiten — zum Sturze des bestehenden kapitalistischen Ausbeutungssystems, zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern — wenn die Situation dazu herangereift ist.

Nur dieser Weg führt zum Sozialismus!

Zur Wirtschaftslage

Stillstand der Depression — Wachsende Arbeitslosigkeit — Steigende Preise

E. L. Die Berichte des Konjunkturinstituts, der verschiedenen Großbanken, der preussischen Handelskammern über die Wirtschaftslage im August behaupten einen gewissen Stillstand in der Depression, die sich während der letzten Monate mehr und mehr ausgebreitet hatte. So erklären die preussischen Handelskammern:

Die Abwärtsbewegung hat sich im August etwas verlangsamt. In einzelnen Produktionsmittelindustrien trat eine zum Teil allerdings saisonmäßige Bewegung ein.

Etwas vorsichtiger sagt der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung (29. August):

Auch im August dürfte die rückläufige Tendenz — soweit sie auf die letzten uns vorliegenden Zahlen und Berichte geschlossen werden darf — angehalten haben. Das Tempo der Abwärtsbewegung hat sich jedoch verlangsamt, teilweise ist sogar eine leichte Besserung des Geschäftsganges zu verzeichnen, die allerdings in den meisten Fällen einen saisonmäßigen Charakter hat.

Das gilt nach dem Konjunkturforschungsinstitut vor allem für den Kohlenbergbau, auf den die Ernte einwirkt, und für das Nahrungsmittelgewerbe, bei dem sich schon die Weihnachtssaison bemerkbar macht.

Die Feststellungen über die Lage in den einzelnen Industriezweigen im August ergeben für den Kohlenbergbau eine Steigerung der Produktionsziffern gegen den Juli, für die Eisen- und Stahlproduktion einen nur geringfügigen Rückgang, für die Maschinenindustrie einen kaum veränderten Beschäftigungsgrad, in einzelnen Zweigen einen etwas höheren Auftragsbestand, für Chemie und Elektrizität eine dauernd gute Geschäftslage.

Bei der Textilindustrie dauert die schlechte Lage an. Die Lage der Schuhindustrie dagegen soll besser geworden sein.

Allgemein: die Beschäftigung in den großen, die Produktionsmittel erzeugenden Industrien ist im ganzen stabil geblieben. Die Erzeugungsziffern bleiben nur wenig hinter denen der Konjunktur von 1927 zurück.

Entscheidend schlechter ist und bleibt die Lage der für den Massenverbrauch produzierenden Industriezweige.

In dem Bericht der preussischen Handelskammern heißt es nach den oben angeführten Sätzen weiter:

Die Arbeitslosenziffer sank zum erstenmal seit einem halben Jahr nicht weiter.

Diese Behauptung stimmt mit den amtlichen Zahlen des Arbeitsministeriums über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht überein. In der Zeit vom 1. bis 15. August hat die Zahl der unterstützten Arbeitslosen zum erstenmal seit dem 15. Januar d. S. zugenommen: von 564 000 auf 567 000 Unterst. Die, wie männiglich bekannt, die Zahl der wirklich Arbeitslosen bei weitem nicht umfaßt.

Wenn zugleich die Zahl der weiblichen Arbeitslosen in den ersten zwei Wochen des August 1928 ein wenig, um ganze 2100 Personen, bei einer Gesamtzahl von rund 180 000 arbeitslosen Frauen, zurückgegangen ist, so ist das aus den Saisonwirkungen des Weihnachtsgeschäfts zu erklären.

Doch diese Tageschwankungen in den Ziffern der Arbeitslosigkeit, so sehr sie das dauernde Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung widerspiegeln, interessieren weniger als die immer tiefer sich aufspaltende Kluft zwischen der Entwicklung der Wirtschaftslage und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Immer deutlicher wird es, daß schon bei einem geringfügigen Rückgang der Konjunktur die Zahl der Arbeitslosen unverhältnismäßig schnell wächst. Die „Organisierung des Arbeitslosen“ von der die Hilferdinge und ihre Gewerkschaftstribunen wieder in Hamburg sowie Aufhebungs machen, läuft darauf hinaus, daß das rationalisierende Monopolkapital seinen Rückgang in seiner Geschäftstätigkeit sofort auf die Arbeiterkraft abwälzt: sie aus den Betrieben wirft, der aus den Arbeitergruppen versorgten Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge überläßt, nachdem für die Zeit der Arbeit im Betrieb die Schlichterei für „angemessene“ Löhne und Arbeitszeit gesorgt hat.

Die Massenarbeitslosigkeit, wie sie jetzt, im Gegensatz zur gleichen Zeit 1927, wieder anschwillt, hat zwei Ursachen, die die wachsenden Widersprüche im rationalisierenden Monopolkapital deutlich anzeigen.

Die eine ist die Rationalisierung selbst. In den Handelskammerberichten wird zum Beispiel für den Kohlenbergbau angegeben, daß die Zahl der Bergarbeiter trotz gleichbleibender, ja steigender Förderung, dauernd fällt. Die zunehmende Mechanisierung macht immer mehr Arbeiter überflüssig.

Die andere Ursache liegt in der Entwicklung des inländischen Marktes. Diese wird im wesentlichen durch die zahlungsfähige Nachfrage der Werttätigen bestimmt. Da zeigt sich nun, daß die Lage der Konsummittel erzeugenden Industrien, vor allem der Textilindustrie, schlecht ist. Die Löhne, unter dem steigenden Druck der wachsenden Forderung für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs, reichen nicht zur laufenden Befriedigung des Bedarfs an Hausrat, Kleider und Wäsche aus. Waren nicht die Berichte über die Lage der betroffenen Industriezweige da: die Arbeitslosigkeit der Frauen, die in diesen Industriezweigen arbeiten, machte diese Einschränkung des inneren Marktes deutlich. Die Zahl der unterstützten arbeitslosen Frauen, mit rund 150 000 Ende Juli 1928, ist, bei 95 000 arbeitslosen Frauen vor einem Jahr, um 75 Prozent größer. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen mit 667 000 am 31. Juli übersteigt den Stand des Vorjahres um 110 000 Personen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist also weit schneller als die Gesamtzahl aller Arbeitslosen gewachsen. Der Markt für die Waren des Massenbedarfs ist eingetrumpft. Die Frauen, die zu Hause sitzen haben, um ihre Familie zu versorgen, liegen zum Teil aus den Fabriken an die Straße.

Die eben benannte Leipziger Messe, der Markt vor allem für die Fertigwaren des Massenbedarfs, war eine so erschütternde Wunde, daß man schon den Wegfall der Herbstmesse überhört

erwägt: Die Drofflung des Inlandsmarktes wird als gegebene Tatsache hingenommen.

In diesen Einzelwidersprüchen bricht wieder nur der Grundwiderspruch des deutschen Nachkriegsimperialisismus, der Widerspruch zwischen den schneller als die Markterweiterung wachsenden Produktionskräften durch.

Um in der Konkurrenz auf den Auslandsmärkten zu liegen, drückt das Monopolkapital mit Hilfe der Schlichterei auf die Löhne und schränkt so den Inlandsmarkt ein. Dennoch gelingt es ihm nicht, seinen Auslandsabsatz nennenswert zu erweitern. Felix Pinner zeigt im „Berliner Tageblatt“ vom 1. September, daß die Ausfuhr im reinen Warenverkehr seit anderthalb Jahren bei weitem nicht entsprechend der gestiegenen Produktionskapazität gewachsen ist:

Ausfuhr im reinen Warenverkehr	Insgesamt in Milliarden Mark	Fertigwaren in Milliarden Mark
1. Halbjahr 1927	4,748	3,483
2. Halbjahr 1927	5,471	4,066
1. Halbjahr 1928	5,588	4,128

Pinner fügt hinzu, die Prophezeiung, daß nach dem Abflauen der Inlandskonjunktur die Auslandskonjunktur sich von selbst einstellen werde, habe sich nicht bewahrheitet.

Die Herren des Schwerindustriellen Monopolkapitals allerdings versuchen durch Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt ihren Absatz zu erweitern. Zum Lohnruck auf die Arbeiterkraft fügen sie den Preiswucher auf dem Inlandsmarkt, um die Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt einzuholen.

Die Dresdner Bank rühmt in ihrem Monatsbericht Anfang August, daß die rückläufige Entwicklung der Wirtschaftslage „ohne krisenhafte Störung“ vor sich ginge. Gewiß, es gibt

5,47 Milliarden in 4 Jahren

Pünktlich zum Schluß des vierten Reparationsjahres legt der Reparationsagent Rechnung über den pünktlichen Eingang der deutschen Daweszahlungen.

In der Zeit vom 1. September 1927 bis zum 31. August 1928, dem vierten Dawesjahr, hatte Deutschland planmäßig 1750 Millionen Goldmark zu zahlen. 1746 Millionen Goldmark sind beim Dawesagenten eingegangen; davon 75 Millionen Mark, die noch auf die Zahlung des dritten Jahres stelen, während 79 Millionen Mark des vierten Jahres erst im September fällig werden.

Von diesen 1746 Millionen Mark sind in fremder Währung rund 943 Millionen Mark an die Reparationsgläubiger überwiesen worden. Das sind 54,23 Prozent des ganzen Transfers, während die in Reichsmarkzahlungen in Deutschland vorgenommenen Überweisungen sich auf 796 Millionen Mark oder 45,77 Prozent des Gesamttransfers belaufen.

Einschließlich der Leistungen in den drei ersten Reparationsjahren stellen sich die deutschen Dawestribute am Ende des vierten Jahres auf insgesamt 5,47 Milliarden Mark. Sie sind alle aus den Knochen des werttätigen Volkes herausgeholt worden.

Diese 5,47 Milliarden Mark sind erst der Anfang. Denn jetzt beginnen die sogenannten Normaljahre mit jährlich mindestens 25 Milliarden Mark Dawesleistungen. Die Erhöhung der Eisenbahntarife zeigt den Weg, den

Der Betriebsabbruch als Geschäft

Mit der Rationalisierung, der immer höheren Steigerung der Produktionskräfte durch immer raffiniertere Ausbeutungsmethoden, verbunden mit dem Ausbau und der technischen Verbesserung der Fabriken, geht die Betriebsstilllegung, der Betriebsabbruch dauernd Hand in Hand. Das Monopolkapital kann den immer mehr sich verschärfenden Widerspruch zwischen der Entfaltung der Produktionskräfte, zu der es die Konkurrenz zwingt, und den nicht entsprechend sich erweiternden Marktschranken nur durch fortwährende Betriebs einschränkungen zeitweise überwinden. Die Kapitalverwertung in der Form von Stilllegungen und Betriebsabbrüchen, früher eine Massenercheinung nur in der Zeit der Krise, wird zur Dauer- und Massenercheinung auch in nichtkritischen Zeiten.

Der Kauf und Verkauf von ganzen Fabriken zum Abbruch und zur Verschrottung ihrer Maschinen wird zum selbständigen und gewinnbringenden Geschäftszweig.

Die „DZ“ berichtet über diese charakteristische Entwicklung:

Die von zahlreichen Stilllegungen begleitete Rationalisierungsbewegung in der deutschen Industrie hat zur Folge, daß immer wieder Werke für ihren ursprünglichen Zweck untauglich und daher abbruchreif werden. Das Abbruchgeschäft ist daher zu einem wichtigen Zweig der nomastischen deutschen Schrotthandelsfirmen geworden.

Seider ist der Wettbewerb unter den Abbruchfirmen ziemlich groß: etwa 15 Unternehmungen sind kapitalträchtig genau um das für den Erwerb des Abbruchs von größeren Objekten in Frage kommende Geld aufbringen zu können; nicht nur kleine veraltete Unternehmungen werden abgerissen, sondern auch moderne große fallen der Verschrottung anheim. Das Angebot an abzubrechenden Betrieben ist so groß, daß selbst ausländische holländische und englische Unternehmungen „auf in Preußensland zum Abbruch gelangende Fabrikationsstätten angeboten haben“

Aus allen Zweigen des deutschen industriellen Kapitals

keine sensationellen Zusammenbrüche, es gibt nur wachsende Arbeitslosigkeit, schon vor dem Eintreten der Winterkälte, die die industrielle Reservearmee noch mehr, zu Millionenstärke, anschwellen lassen wird. Und es gibt dazu — steigende Preise. Das Ventil, das das Monopolkapital in den Zeiten seiner wachsenden Schwierigkeiten öffnet, ist die wachsende Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterkraft. Trotz guter Ernte fallen die Getreidepreise nicht: die Zölle sowohl wie die Getreidehandelsgesellschaft zur Zurückhaltung des Brotgetreides sorgen dafür. Die Fleischpreise steigen dank dem vom letzten Reichstag auf Hindenburgs Befehl angenommenen Preisobergrenzen für die Junfer und Großbauern. Der Großhandelsindex zeigt, daß die Warenpreise trotz der Rationalisierung sowohl im Konjunkturjahr 1927 von 185 auf 199,4 gestiegen sind, und daß die Preise der Fertigwaren auch in der Zeit der Depression von 155,6 Ende Dezember 1927 auf 159,6 Mitte August 1928 weiter heraufgegangen sind. Die Tarifserhöhung der Reichsbahn tut noch ein übriges.

Die Depression im organisierten Kapitalismus bringt keinen Preisfall mehr mit sich, sondern eine Preissteigerung. Die „Überwindung der blinden Mächte des Kapitalismus“, die in der Zeit der freien Konkurrenz schalteten, führt trotz Hilferding nicht zu einer Erleichterung der Lage der Werttätigen, sondern zu einer Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft allein nach den Profitinteressen des Monopolkapitals.

Die Theorie vom organisierten Kapitalismus, ergänzt durch die Lehre von der Wirtschaftsdemokratie, die in der politischen Praxis sich zur Schlichterei und zur Unterdrückung der imperialistischen Rüstungspolitik aufspalten, dient nur dazu, der Masse der Arbeiterkraft zu verschleiern, daß der Monopolkapitalismus, je mehr er rationalisiert und organisiert, nur um so unfähiger ist, die zunehmende gesellschaftliche Anarchie des Nachkriegsimperialisismus zu überwinden.

Der Herauswurf der oppositionellen Delegierten aus dem Gewerkschaftskongress zeigt die ganze Schwäche der theoretischen und praktischen Position der Gewerkschaftsreformisten, ihre Furcht vor der Opposition, die sich trotz aller Überstände bereit macht, gegen jene Schwindeltheorien, jede Verratspraxis, die Gewerkschaften für den Klassenkampf zurückzugewinnen.

die Regierung der Großen Koalition zur Eintreibung dieser gestiegenen Lasten gehen will: noch weitere Erhöhung der Massenbelastungen. Gegen sie gilt es beizugehen zu mobilisieren.

Die Anlagen in der Sowjetindustrie

Die spezielle Planierungskommission des Obersten Volkswirtschaftsrates hat den Plan der Anlagen in der Industrie der Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren ausgearbeitet. Im ganzen sollen für Kapitalanlagen in den fünf Jahren 11 Milliarden Rubel, d. h. über 23 Milliarden Mark, verausgabt werden: für die Produktion von Produktionsmitteln etwa 8 Milliarden Rubel; für diejenige von Verbrauchsartikeln etwa 3 Milliarden Rubel.

Den größten Posten nehmen die Ausgaben der Metallgruppe ein, über 3,101 Millionen Rubel, die der Textilindustrie 1,858 Millionen Rubel, die der Naphtha 1,328 Millionen Rubel und die der chemischen 933 Millionen Rubel.

Ebenso sieht der Plan eine bedeutende Erweiterung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit vor, die Hand in Hand mit den Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaues gehen muß. Für diese Zwecke sind etwa 350 Millionen Rubel bestimmt.

gelangen Fabriken auf diesen neuesten Markt der kapitalistischen Entwicklung: den Abbruchmarkt.

Was die Gegenstände des Abbruchgeschäfts betrifft, so gehören bis zum vorigen Jahr besonders Kalibergwerke zu den wichtigsten Abbruchanlagen. Gegenwärtig sind es u. a. Kohlenzechen, Werften, Maschinenbauanstalten und Lokomotivfabriken, die zur Ausbiedung kommen. So hat, wie schon gemeldet, die Schweizer u. Doppel AG. in Berlin jüngst das am Wasser gelegene sogenannte Unterwerk der Steinkirchner Maschinenbau A. G. Vulcan zur Verwertung erhalten. Wie wir dazu noch hören, hat die Deshimag-Verwaltung über das „Oberwerk“ noch keine Entscheidung getroffen. Doch wird bereits das nughbare Material zum Verkauf gestellt. Bezüglich des Unterwerks hat sie sich vertraglich vorbehalten, einzelnes nughbares Material selbst zu veräußern.

Dieses reiche Angebot von abzureißenden Fabrikationsstätten hat auf die Schrottpreise einen erheblichen Einfluß:

Wenn letzthin der deutsche Markt für Maschinen-Güter ein recht klares Aussehen hatte, so war dies mit dem zurückzuführen, daß solche reichliche Warenmengen durch die Fabrikabbrüche angeboten waren.

Doch auch die Maschinenfabriken „spüren die Wirkungen der Stilllegungsaktionen“:

Auch manche Industriezweige, vor allem der Maschinenbau, spüren die Wirkungen der Stilllegungsaktionen, denn es kommen dabei selbstredend häufig noch brauchbare Maschinen, beispielsweise für Eisen- und Metallverarbeitung, zum Verkauf. Es kann ja nicht die Rede davon sein, daß es sich bei den stillgelegten Werken in allen Fällen um technisch absolut überlebte Einrichtungen handele.

Womit die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ also bestätigt, daß nicht nur Fabriken mit veralteten Maschinen, sondern auch solche mit moderner maschineller Einrichtung niedergeworfen werden.

Die kapitalistische Rationalisierung, angeblich gegen die kapitalistische Verschwendung gerichtet, führt zur unerhörtesten kapitalistischen Verschwendung: zur Überflüssigmachung von Arbeitskräften und zugleich zum Niederreißen eben erst modernisierter Fabriken.

Internationale Politik

Außenpolitische Wochenschau

Rund um London — Sowjetrußlands Beitritt zum Kellogg-Pakt
Müller in Genf — Balkankrisen

Als Herr Kellogg von der Unterzeichnung des „Antikriegspaktes“ aus Paris zurückkehrte, da war seine Zeit „selber“ so knapp bemessen, daß er den dringenden englischen Einladungen zu einem Besuche in London nicht Folge leisten konnte — aber sie war glücklicherweise nicht so knapp, als daß Kellogg nicht Zeit gefunden hätte, einen kleinen Abstecher nach London zu machen, sich dort feiern zu lassen und mit diesem Besuche die Sympathien des amerikanischen Imperialismus für alle Lösungsbestrebungen britischer Dominions zu belanden — worauf er, um nur ja nicht englischen Boden betreten zu müssen, auf dem Umweg über Frankreich in sein gelegenes Dollarland heimkehrte. Man hat sich in Washington nicht mit dieser mehr als deutlichen Demonstration begnügt, sondern sie auch noch eingehend begründet: als die Nachricht vom Abschluß des englisch-amerikanischen „Seeabstimmungs“-Abkommens eintraf, veranstaltete der Präsident mit großer (sonst bei solchen Gelegenheiten nicht eben üblicher) äußerer Aufmerksamkeit eine Besprechung mit den Militär- und Marinefachverständigen über die „zum Schutze des Reiches“ nötigen Maßnahmen. Und Herr Stresemann, der treue Verbündete des amerikanischen Imperialismus, wurde gerade so weit gesund, um in Paris den Kellogg-Pakt unterschreiben zu können, den Amerika mit seiner Hilfe dem widerstrebenden englisch-französischen Block abgerungen hatte — und damit ja kein Mißverständnis über den Sinn dieser Reise möglich sei, wurde offiziell bekanntgegeben, daß die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und also auch die Pariser Reise Stresemanns, im wesentlichen ein Akt der deutsch-amerikanischen Politik sei, nicht aber der deutsch-französischen Politik sei. Als es aber nach Genf gehen sollte, wo es sich um Fragen der deutsch-französischen Politik, nämlich um die Rheinlandräumung, dreht, da verlagten Stresemanns Akten pflichtgemäß, und Herrmann Müller kann nun die Suppe auslöffeln.

Der amerikanische Imperialismus und alle seine Freunde haben übrigens ganz recht, wenn sie das englisch-französische Flottenabkommen als gegen sich gerichtet betrachten. Schon die bloße Tatsache, daß England — nachdem im vorigen Jahre seine „Seeabstimmungs“-Verhandlungen mit Amerika an der Kreuzerfrage gescheitert sind — sich über dieselbe Frage mit Frankreich glatt verständigen konnte, spricht für eine weitgehende Annäherung, die für Amerika um so peinlicher wird, als Frankreich bei der Einleitung der „Antikriegspakt“-Verhandlungen offensichtlich ein Bündnis mit Amerika anstrebte und sich nun offenbar für den Mißerfolg dieser Verhandlungen bei der englischen Konkurrenz schuldig hält. Auch was man über den tatsächlichen Inhalt des Flottenabkommens hört, ist gerade kein Lobsal für amerikanische Ohren: Frankreich scheint freie Bahn für den Bau von kleineren Torpedos und U-Booten zu lassen, während die größeren Torpedos erhalten zu haben, England aber Freiheit im Bau von größeren Vanzerkreuzern zur Deckung seiner überseeischen Verbindungen. Beide haben sich also gerade jene Rüstungsmöglichkeiten gesichert, auf die es ihnen im Falle eines Krieges mit Amerika ankommen müßte, statt — wie in den letzten Jahren — die Möglichkeit eines Krieges gegeneinander bei ihren Rüstungen in den Vordergrund zu stellen. Vor allem aber ist der politische Preis, den England offensichtlich für dieses Abkommen zahlen mußte, eine einseitige Provolation der amerikanischen Interessen: wenn England Frankreichs militärische Vorherrschaft auf dem Kontinent anerkennen will (die englisch-französischen Mandate im Rheinland waren eine Demonstration dieses Willens gegenüber Deutschland) und andererseits (wie zuletzt in Bulgarien) Italien die bisher gewährte Unterstützung entzieht, verringern sich naturgemäß die für den amerikanischen Imperialismus vorhandenen Möglichkeiten zur Ausfüllung der europäischen Imperialismen gegeneinander und zur Aufrechterhaltung seines Übergewichts auf „friedlichem“ Wege. So ziemlich alle ernstesten Pressestimmen — immer natürlich mit Ausnahme der sozialdemokratischen, die ja von Natur aus mit Blindheit für Kriegsgesfahren geschlagen sind — sind sich auch darüber klar, daß das englisch-französische Flottenabkommen und die Art, wie Amerika darauf reagiert hat, nichts anderes bedeutet, als die Einleitung einer Mächtegruppierung für den nächsten Weltkrieg.

Es war zu erwarten, daß Sowjetrußlands Bereitschaft zur Unterzeichnung des sogenannten Antikriegspaktes von der Sozialdemokratie mit einem Triumphgeschrei begrüßt wurde. „Da habt ihr es — ihr habt die ganze Zeit den Kellogg-Pakt als einen Akt der Kriegsvorbereitung verleumdet und eure Sowjetregierung beteiligt sich selbst daran!“ Nun hat die Sowjetregierung allerdings selbst in der Note, in der sie ihren Beitritt ankündigt, ausdrücklich betont, daß und aus welchen Gründen der Kellogg-Pakt geeignet ist, der Rechtfertigung künftiger Kriege zu dienen, und daß er jedenfalls im Zusammenhang mit der Ablehnung jedes ernstlichen Abrüstungsvorschlages durch seine Unterzeichner eine Augenmaßlosigkeit darstellt. Ja — aber warum beteiligt ihr euch daran?, so werden sicher auch viele christliche Arbeiter fragen. Demgegenüber muß entschieden betont werden, daß die Unterschrift der Sowjetunion unter den Kellogg-Pakt nichts mit der Frage und den (übrigens nur bei der Sozialdemokratie vorhandenen) Illusionen über seine etwa kriegsverhütenden Wirkungen zu tun hat. Sie wurde im vollen Bewußtsein der Tatsache gegeben, daß dieser Pakt mit der Verhütung von Kriegen nichts zu tun hat, viel eher mit ihrer Organisierung. Aber erstens lag es nicht in der Macht der Sowjetregierung, diese möglichen Auswirkungen des Paktes als bereinstimmtes Mittel zur Rechtfertigung von Kriegen zu unterbinden, im Gegenteil wäre die Verweigerung der russischen Unterschrift unter ein Dokument formal pazifistischer Inhalts nur eine herrliche Gelegenheit für alle Kriegsheter gewesen, Rußland als den wahren Friedensfeind und darum den Antifortschrittler als eine pazifistische Tat hinzustellen. Zweitens aber muß die Tatsache des russischen Beitritts zum Kellogg-Pakt im Zusammenhang mit jenen internationalen Konflikten betrachtet werden, die sich immer mehr und mehr um den englisch-amerikanischen Gegensatz gruppieren: nachdem Amerika (natürlich aus imperialistischen Interessen heraus) England und Frankreich sehr gegen ihren Willen zur Unterzeichnung des (allerdings verfallenen) Paktes gedrängt hatte, nachdem Amerika, auch sehr gegen Englands ursprünglich ausgesprochene Absicht, durchgesetzt hatte, daß Rußland und China zur Unterzeichnung aufgefordert werden sollen, wäre der Nichtbeitritt Rußlands zum Kellogg-Pakt objektiv eine Unterstützung des englisch-französischen Blocks gegen Amerika gewesen, genau so, wie der erfolgte Beitritt faktisch eine Annäherung an Amerika bedeutet, und wie auch die scharfe Polemik der russischen Note gegen die englischen und französischen Vorbehalte und die Erklärung, sich an diese Vorbehalte nicht gebunden zu fühlen, von Amerika, das diese Vorbehalte nur sehr

widerwillig angehört hat (ohne sie aber ausdrücklich zu billigen) sicher als eine Unterstützung seiner Position betrachtet werden wird. „Als haltet ihr den amerikanischen Imperialismus für besser oder wenigstens weniger kriegerisch als den englischen?“ so wird uns mancher Arbeiter fragen. Durchaus nicht und in keiner Weise. Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß Amerika die englischen Forderungen, Rußland und China von der Gültigkeit des Antikriegspaktes auszuschließen, nicht aus pazifistischen Gründen, sondern nur deshalb zurückgewiesen hat, weil es sich das Recht vorbehalten will, England bei jeder Gelegenheit, wo es zweckmäßig erscheint, in den Rücken fallen zu können, nicht zu pazifistischen, sondern zu imperialistischen Zwecken. Aber es fragt sich, ob diese Bedrohung des englischen Rückens objektiv im Interesse der Sowjetunion liegt, und diese Frage muß unbedingt bejaht werden. Von den beiden rivalisierenden Gruppen ist bis auf weiteres die englisch-französische für die Sowjetmacht die weit- aus gefährlichere, weil diese Gruppe durch die reaktionäre Bewegung im Mutterlande, wie in den Kolonien unmittelbar bedroht ist und darum selbst auf zeitweise Kompromisse, wie sie zwischen Sowjetrußland und dem amerikanischen Imperialismus immerhin denkbar sind, nicht eingehen kann. Die Unterschrift Rußlands unter den Kellogg-Pakt ist ein Versuch, durch Ausschaltung des englisch-amerikanischen Gegensatzes die heute vorhandene Kampfpause zu verlängern, zumindest die Vereinstellung Amerikas in das französisch-englische Kriegsbündnis gegen die Sowjetunion zu erschweren. Ob es gelingen wird, die kriegerische Ausstrahlung des Gegensatzes zwischen Sowjetrußland und seiner kapitalistischen Umgebung so lange hinauszuschieben, bis die Imperialisten offen gegeneinanderprallen und damit die Ausfuhr des Krieges für das internationale Proletariat günstiger werden, kann niemand mit Sicherheit voraussagen; aber niemand kann daraus, daß die Sowjetregierung das äußerste versuchte, um einen solchen Erfolg zu erreichen, die Konsequenz ziehen, den kriegerischen Charakter des „Antikriegspaktes“ und die Unvermeidlichkeit des Krieges überhaupt zu leugnen.

Nachdem Stresemann wieder rechtzeitig krank geworden ist, übernimmt Herrmann Müller die undankbare Aufgabe, in Genf mit dem wiedererschlossenen französisch-englischen Block über die Rheinlandräumung zu verhandeln. Die amerikanische Rückenbedingung ist in diesem Falle wenig wert — einen Krieg zur Erzwungung der Rheinlandräumung wird Amerika nicht führen und schon gar nicht geneigt sein, seinen heiligen Gegnern Konzessionen in der Schuldenfrage zu machen, damit sie ihrerseits Deutschland entgegenkommen. Näher als der deutsche Bundesgenosse steht schließlich der eigene Geldsack. In Erwartung dieser unvermeidlichen Schwierigkeiten hat Stresemann, bevor er nach Paris fuhr, noch feierlich verkündet, daß die Trauben zu sauer sind, d. h. daß eine Gegenleistung Deutschlands für die Rheinlandräumung (die ohne amerikanische Deckung unerschwinglich wäre) nicht in Frage käme und daß Frankreich (was, wie Stresemann sehr gut weiß, undenkbar ist) die Räumung „zum Beweise seines Verständigungswillens“ vornehmen

mußte. Es sind also alle Vorbedingungen dafür gegeben, daß die Sozialdemokratie, die wärmste Anhängerin einer französisch-englischen Orientierung der deutschen Politik, in Gestalt Herrmann Müllers sich in Genf eine Niederlage holen und sich auf diesem Wege von der unbedingten Notwendigkeit der Anlehnung an Amerika „überzeugen“ kann. Dann hat Stresemann, und das hinter ihm stehende Finanzkapital, alles, was er braucht, und jene Leute, die — besonders im Zentrum, aber auch in der Sozialdemokratie — in den letzten Wochen schon auf seinen Sturz und auf eine neue Annäherung an Frankreich spekulierten, haben das Nachsehen, worüber sich Herrmann Müller persönlich auch kaum ärgern würde. Zunächst aber versucht er pflichtgemäß, auf dem „paneuropäischen“ Wege etwas herauszubekommen und zumindest England (schon zu einem gewissen Preis für die Vollendung Deutschlands vom amerikanischen Block) zu wollen: man spricht von der Möglichkeit, für Frankreich einen Teil seiner Forderungen stillig zu machen, ohne den amerikanischen Geldmarkt in Anspruch zu nehmen, ohne Schuldennachlaß durch Amerika, bloß mit Hilfe europäischer (also englischer) Geldmärkte, die dann natürlich an Deutschland interessiert wären. Eine andere Frage aber ist es, ob ein solches Geschäft gelingt, ohne daß entweder Frankreich den Preis zu niedrig oder Deutschland ihn zu hoch findet und lieber mit amerikanischer Deckung seine Zeit abwartet.

Die englisch-französische Annäherung wirkt sich auf dem Balkan zunächst in der Weise aus, daß Italien, dem seine bisherige Rückenbedingung gegen die französischen Trabanten entzogen wurde, mit allen Mitteln eine Befestigung der im letzten Jahre (mit englischer Hilfe) errungenen Positionen versucht. So hat sich der italienische Agent in Albanien, Ahmed Zogu, zum König auszurufen lassen, worauf er, ehrlich genug, Mussolini für „der monarchistischen Bewegung geleistete Hilfe“ dankte. Sogar eine kleine Provolation der jugoslawischen Nachbarn wurde unternommen. Zogu hat sich als „König der Albaner“ auszurufen lassen und so einen Anspruch auf die von den Albanern bewohnten jugoslawischen Gebiete angekündigt, mit dem Resultate, daß die Vertreter aller Mächte (natürlich mit Ausnahme Italiens), ihm die kalte Schulter zeigten. Etwas peinlicher steht die Sache für den italienischen Einfluß in Bulgarien: nachdem England und Frankreich gemeinsam (wobei ihr neuer Block zum ersten Male auf dem Balkan in Erscheinung trat) die Unterdrückung der mazedonisch-schafischen, von Italien ausgehenden Bewegung und den Rücktritt des mit ihr sympathisierenden Kriegsbürokraten Wolkow geordert hatten, warf sich zunächst der (auch zur italienischen Gruppe gehörende) König für Wolkow ins Zeug und die Krise schien schon zu seinen Gunsten beigelegt, als plötzlich ein Teil der Minister zurücktrat und so die Demission der Gesamtregierung erzwang. Wenn diese (zur Bestätigung mit jugoslawischer Neigung) Gruppe sich einfach nicht selbst auflösen wollte (was sie sicher nicht will), so ist ihr Vorgehen nur unter dem Gesichtspunkte der Hoffnung auf eine englisch-französische Einmischung in die Neubildung der Regierung zu verstehen.

Der VI. Weltkongreß geschlossen!

Sieben neue Parteien aufgenommen — Ablehnung der Wiederaufnahme der Trotzkisten
Schlußwort Bucharin — „Wir wissen, daß wir die Vertreter jener Klasse sind, die nur ihre Ketten verlieren kann, aber eine Welt gewinnen wird“

Die 46. Sitzung (Schlußsitzung) des 6. Weltkongresses wurde am 1. September vom Genossen Kemele eröffnet. Genosse Bucharin erstattete seinen Bericht über die Arbeit der Programmkommission. Sodann wurde die vom Genossen Thälmann vorgelegene Resolution über die Lage in der Sowjetunion und in der U.S.S.R. einstimmig angenommen. (Langanhaltender Beifall.)

Nach dem Bericht des Genossen Kolarow über die Arbeiten der Sonderkommission für Appellationen bestätigte der Kongreß einstimmig den Ausschluß der Trotzkisten aus der K.P.S. und lehnte das Wiederaufnahmegesuch von Trozki, Nabel, Sapronow und anderen ab. Der Kongreß lehnte ebenfalls einstimmig die Wiederaufnahme von Maslow und Ruth Fischer ab und billigte gleichzeitig die Erklärung des Zentralkomitees der K.P. Deutschlands, daß der Weg der Rückkehr in die Partei für alle ausgeschlossenen Arbeiter offenbleibe, die mit Maslow-Ruth Fischer brechen und sich den Beschlüssen der K.P. und der Komintern unterwerfen. Er lehnte einstimmig das Wiederaufnahmegesuch von Suzanne Girault und ihrer Freunde wie auch der holländischen Wynkoog-Gruppe ab. Das Wiederaufnahmegesuch der aus der westrussischen Partei ausgeschlossenen Wassiliew und Genossen wurde an das Präsidium des Ekki überwiesen.

Genosse Humbert-Droz: Der Kongreß der 2. Internationale endete mit der Protestdemonstration einiger eingeladenen Kolonialgäste. Unser Kongreß endet mit dem Wiederaufnahmegesuch der Arbeiterparteien von sieben Kolonial- und Halbkolonialländern in die kommunistische Internationale. (Beifall.) In der Zeit zwischen dem 5. und 6. Weltkongreß nahm die Exekutive die kommunistischen Parteien Koreas, Kubas und Irlands auf. Außerdem liegen dem gegenwärtigen Kongreß die Aufnahmegesuche der kommunistischen Parteien Neu-Seelands und Paraguays, der revolutionären Sozialistischen Partei Columbiens und der Sozialistischen Partei Kuabors vor. (Starker Beifall.)

Der Kongreß bestätigte einstimmig die Aufnahme der kommunistischen Parteien Koreas, Kubas und Irlands durch die Exekutive, nimmt die kommunistischen Parteien Neu-Seelands und Paraguays als Sektionen der Komintern auf, begrüßt die Beschlüsse der Sozialistischen Partei Kuabors und der revolutionären Sozialistischen Partei Columbiens, sich der Komintern anzuschließen und nimmt sie als Sektionen der Komintern auf, unter dem Vorbehalt, daß diese beiden Parteien gemäß ihrer Struktur noch nicht ganz kommunistische Parteien sind und beauftragt das Ekki, durch Direktiven und Maßnahmen ihre Entwicklung zu wirklichen bolschewistischen Parteien bei Aufrechterhaltung ihres Massencharakters zu fördern.

Im Namen der neu aufgenommenen Parteien drückte Genosse Barredes (Guador) die tiefste Peinlichkeit über die Aufnahme aus und gelobte, daß sie in Einheit mit dem Weltproletariat kämpfen werden.

Auf Grund des vom Genossen Thälmann vorgelegten Vorschlages des Präsidiums wurden hierauf das neue Ekki und die neue Internationale Kontrollkommission einstimmig gewählt.

Auf Grund einer genauen marxistischen Analyse stellte der Kongreß den Charakter der gegenwärtigen Epoche als die dritte Periode der kapitalistischen Weltkrisis fest, er gab eine genaue Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung und der neuen Organisationsformen des Kapitalismus, eine genaue Einschätzung der jetzigen Periode der kapitalistischen Stabilisierung und ihrer wachsenden Widersprüche, eine

genaue Einschätzung der Tendenzen der Verschärfung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse, der letzten Endes mit der kapitalistischen Herrschaft Schluß machen wird. Die Beschlüsse des Kongresses sind ein festes Fundament für die Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung in der nächsten Periode.

Als die Mächte der gegenwärtigen Lage bezeichnete der Kongreß die Kriegsgesfahr. Die Komintern befaßte sich mit der Kriegsgesfahr und ihrer revolutionären Bekämpfung nicht nur im allgemeinen, sondern im Zusammenhang mit der konkreten Situation, mit den beispiellosen Rückgängen des Imperialismus, dem bereits vor sich gehenden Kriege in China, mit den steigenden Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion und dem noch nie da gewesenen ideologischen Betrug zur Bemantelung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen seitens des Imperialismus, der noch nie mit solch zynischer Offenheit und mit solcher Aktivität von der Sozialdemokratie unterstützt wurde.

Der Kongreß zog die letzte Bilanz der sogenannten „trotzkistischen Krise“. Die einstimmige Abstimmung über die Appellation der Trotzkisten bedeutet deren politischen Tod. Während die Trotzkisten vom Niedergang der K.P.S. und der Komintern reden, wurde unsere revolutionäre Armee durch neue Kampftruppen, durch sieben neue Sektionen der kommunistischen Internationale bereichert. Dies verstärkt unsere Zuversicht zum endgültigen Siege.

Als Bilanz können wir sagen: Unter dem Hammerschlag der Geschichte werden unsere Parteien immer mehr gefaßt, sie werden zu immer mächtigeren Faktoren des politischen Lebens. Und wenn die internationale Bourgeoisie versuchen wird, ihre sämtlichen Kräfte gegen uns mobilisieren und von neuem zu Kriegswaffen zu greifen, dann wird sie dadurch ihre eigene historische Wirksamkeit auf Spiel setzen. Es sind viele Jahre seit dem ersten Weltkrieg vergangen. Die Sowjetunion ist mehr als zehn Jahre alt, die Komintern feiert gleichfalls bald ihr zehnjähriges Jubiläum. Wenn wir das kleine Äußere entschlossener Revolutionäre während des Weltkrieges mit den heutigen großen revolutionären Kräften, die auch über solche Festungen wie die Sowjetunion verfügen, vergleichen, dann müssen wir sagen, daß wir unbeflegbar sind, daß wir keinen Feind fürchten. Wir wissen, daß wir die Vertreter einer aufstrebenden Klasse mit großer historischer Mission sind, die Vertreter jener Klasse, die nur ihre Ketten verlieren kann, aber eine ganze Welt gewinnen wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Hierauf verliest Genosse Bucharin den Vorschlag zu einem Manifest der kommunistischen Internationale an die Arbeiter und Werktätigen der ganzen Welt. Nach den letzten Sätzen des Manifestes erhoben sich die Delegierten und stimmten die Internationale an. Unter stürmischen Beifallstundgebungen verkündete Genosse Bucharin die einstimmige Annahme des Manifestes. Die italienischen Genossen stimmten darauf das „Avanti Popolo“ an, das vom ganzen Kongreß mitgetragen wird.

Genosse Bucharin: Die Arbeiten des Kongresses sind zu Ende. Wir sprechen dem technischen Apparat sowie allen Mitarbeitern unsern herzlichsten Dank aus. Wir wünschen allen Parteien in Europa, Amerika und in der ganzen Welt den besten Erfolg. Wir sind überzeugt, daß sie sich durchsetzen und allen Widerständen zum Trotz den Sieg des Kommunismus erkämpfen werden. (Stürmischer, minutenlanges Beifall.)

Die Delegierten entfernen sich langsam unter Absingen revolutionärer Lieder.



Verlangen Sie überall

Namslauer Bier

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 8. 9. bis Sonnabend, den 15. 9. täglich 20 Uhr
„Hokuspokus“ von Curt Goetz
Sonntag, 9. 9., 11 1/2 Uhr
Klub- u. Gedächtnisfeier veranstaltet von der Bresl. Volksbühne

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 8. 9. bis Sonnabend, den 15. 9. täglich 20 Uhr
„Arm, wie eine Kirchenmaus“ von Adolph Hübner

Zoologisches Garten

Prachtvoller, parkähnlicher Garten
Reicher Tierbestand
Die Tierhäuser sind v. 8-19 Uhr geöffnet
Täglich Konzerte
Sonntag, Dienstag, Donnerstag
Große Konzerte

Achtung! Wo ist der schönste Aufenthalt f. Arbeiter?
Bei Richard Kirsch, Steinstraße, Ende Hubenstr.
Im schönen schattigen Garten
Jeden Sonntag Frei-Konzert
Riesen-Eisbeissen. Gute Getränke
Belustigungen für jung und alt
Es ladet ergebenst ein Der Besitzer

Konzerthaus „Wappenhof“

Montag bis Freitag, täglich ab 4 Uhr
Das große
Wappenhof-Varieté-Programm

Wappenhof-Ball

Außerdem täglich der beliebte

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36306

Stadt-Theater Breslau

Sonnabend, 9. Sept., 20 Uhr
Der Kiegende Holländer
Sonntag, 9. Sept., 20 Uhr
Cavalleria rusticana
hierauf Der Bajazzo
Spielplan vom 1. bis 9. September 1928
(Opernhaus)

„Lindenpark“ - Grüneiche

bietet einen angenehmen Aufenthalt bei bester Verpflegung
Sonntag und Mittwoch Tanz

Familien-Lokal „Hofläger“

Weidendamm 34/36
Haltestelle der Linie 4, Bootshäuser
Sonntag: Familientanz
Für gute Küche und Getränke ist bestens gesorgt

Brauerei und Ausschank

Zum großen Meerschiff

Inhaber Erich Vogel, Reuschstr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche - Mittagsstich von 12-3 Uhr

Täglich 20 Uhr:

Gastspiel

Margit Suchy

vom Theater des Westens, Berlin

Gvelyne

Sonntag 16,30 Uhr:

Drei arme kleine Mädels

Drei Kronen-Säle Rosenthal

Telephon: 50034
Sonntag, von 16 Uhr ab:
Garten-Freikonzert
Im Saale:
Vornehmer Tanz
Kinderbelustigungen - Turngeräte
Säle für Vereinsfestlichkeiten zu günstigen Bedingungen

Konzerthaus Kroker

Weidendamm
Herrliches Familienlokal an der Oder
Neu! Jeden Mittwoch Neu! der beliebte Ball
Eintritt 25 Pfg. inklusive Tanz

„Ostpark“, Morganaustr. 2

früher Schweizerhof
Jeden Sonntag und Freitag
Touren- u. Schellentanz
Eintritt frei
Freitags für Damen Tanz frei
Saal an Verelne noch abzugeben

Sonntag, den 9. Septbr. 1928

Nach Wilhelmshafen und zurück
ab Ohlaufer von früh 7 Uhr alle 20 Minuten
Nach Lanisch, Steine, Margareth Jungfernsee und zurück
ab Ohlaufer von früh 7 Uhr ab alle 40 Minuten
Wochentags
Nach Wilhelmshafen und zurück
ab Ohlaufer vormittags 9 1/4 Uhr
ab Ohlaufer nachmittags 2,10 Uhr halbstündlich
Nach Lanisch, Steine, Margareth Jungfernsee und zurück
ab Promenade nachmittags 2,30 Uhr
ab Ohlaufer nachmittags 2,40 Uhr
Preis wochentags Margareth und zurück Mk. 1.00
Die Fernfahrten finden bei genügender Beteiligung statt
Telephon 55174. **Rudolf Katteln**

Henkners Festsäle

Morgenaus
Endstation der Linie 4 - Telephon 24 071
Jeden Sonntag:
Großer Gesellschafts-Tanz
Neue Kapelle / Verstärkt. Orchester
Anerkannt gute Küche / Gut gepflegte Biere / Großer schattiger Garten

Th. Stolle's Gesellschaftshaus

Breslau 24 - Gräbschen
Fernsprecher 32 824
Jeden Sonntag
Großes Garten-Konzert
Im Saale
Vornehmer Tanz

Victoria-

Theater Tel. 50834
Ab Sonnabend, den 8. Sept. täglich 8 1/4 Uhr

Lissy, die Kokotte

mit Eilfriede Mertens als Gast
keine erhöht. Preise

Altes Oderichlöbchen

Herrlich gelegene Terrasse an der Oder
Beste Verpflegung
Kleiner Saal für Festlichkeiten

Gesellschaftshaus Gold. Anker

Breslau, Ende Lohestraße
3 Min. von der Endstation der Linie 16
Jeden Mittwoch und Sonntag
Gesellschaftstanz

Berg-Konditorei

an den Oswitzer Friedhöfen empfiehlt sich zum angenehmen Aufenthalt

Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadtteilen

Gaststätte Alexander Wittko

Klosterstr. 85/87, Filiale Siebenhufener Str. 18

Sie brauchen kein Geld
zum Einkauf von Wäsche, Bekleidung / Trikots, Strumpfwaren, Linolium etc.
Meine Abteilung „A M O R“ liefert Ihnen alles gegen Ratenzahlung von 1 bis 5 Mark pro Woche
Hd. Hofmuths Nachf., Inhaber Max Langer
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Strasse 95

Nicht Regenwasser mit Reger-Bleiche!

Reger-Seife.

Das viele Reiben muß endlich weichen, die Waschmittel sind es allein, drum Reger-Bleiche ins Wasser hinein, und Reger-Seife desgleichen.

65 Pfg.

Zurückgekehrt San. Rat Sachs

Pianos
neu von 850 M. an geb. von 350 M. an
Sprechapparate
Schallplatten
Bequeme Teilzahlungen!
Martha Schmidt
Breslau
Nikolaistraße 54/55

Partei-genossen!
Besucht die **Lothale**, die auch in der „Arbeiter-Zeitung“ inserieren

Suche Seitenverkäufer
20 Muster Mt. 2.40
franko Nachnahme
P. Holter
Büttnerstraße 25/27

Schuhe! Schuhe!
kaufen Sie am billigsten und besten im
Schuh-Vertrieb
nur Ohlauer Str. 29, 1 Treppe
neben Wurstfabrik Dietrich
Kein Laden

Abonnenten-Werber
gegen hohe Provision gesucht
Trebniitzer Str. 50

Molkerei Klein-Moschbern
Inh.: Reinhold Gotthardt
Groß- u. Kleinhandel, Hauptgeschäft: Pörsers
Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch
Eier, Butter, Käse

RFB.-Ringe

R. R. G. M. a. (ges. gesch.)
SUM-Platin,
10 Jahr. Gar.
Pratte 14kar.
Goldfilled
emailiert

Reklamepreis RM. 2.40
Nachnahme 30 Pfg. extra. Als Ringgröße genügt ein Papierstreifen. Vertreter überall gesucht bei guten Verdienstmöglichkeiten.

SIMS & MAYER, Abt. B. 1
Berlin-Lichterfelde 1

Verbit neue Leser!

Auf den städtischen Friedhöfen Gräbschen u. an der Oswitzer Str.
werden demnächst, wie alljährlich, alle Grabstätten, deren Ruhezeit jetzt abgelaufen ist, - d. h. die seit länger als 25 Jahren belegt sind, - eingednet, sofern nicht bis Ende Dezember 1928 Anträge wegen Weiterhaltung (Verlängerung des Anrechts) gestellt werden. Diese Verlängerung wird gegen Zahlung des entsprechenden Entgelts, aber immer nur auf einen fünfjährigen Zeitraum, zugestanden, also vorläufig nur bis zum Ablauf des 30. Jahres nach der Beerdigung. Näheres ergeben die Aufreze, die im Friedhofsgebäude sowie an den Eingängen zu den Inspektionsbüros der Friedhöfe und zu dem Verwaltungsbüro - Büro XVIII, Abtlg. Friedhöfe, An der Elisabethstraße 34, Erdgeschoss, ausgehangen sind.
Auch die Pfarrämter der beteiligten Kirchengemeinden werden entsprechend Auskunft erteilen.
Breslau, den 15. August 1928
Der Magistrat